

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 42. TELEFON 53077. ADMINISTRATION TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

14. Jahrgang

Donnerstag, 6. Dezember 1934

Nr. 286

Internationales Truppenkontingent soll Ordnung im Saargebiet sichern

Ein Vorschlag Lavals

Genf. Das wichtigste Ereignis des Mittwoch war in Genf die Aussprache im Völkerbundrat über die Maßnahmen, die der Rat sofort im Saargebiet treffen wird.

Nach einer kurzen geheimen Ratssitzung gab in der öffentlichen Sitzung der französische Außenminister Laval eine sensationelle Erklärung ab. Laval erwähnte seine in der französischen Kammer gehaltene Rede betreffend die Saarfrage und hob hervor, daß Frankreich seine Verpflichtungen unter allen Umständen einhalten wolle. Das Saarproblem sei aber kein französisch-deutsches Problem, sondern ein wesentlich internationales Problem. Laval forderte dann den Völkerbundrat auf, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Saargebiet zu übernehmen. Um Deutschland und der öffentlichen Meinung der Welt zu beweisen, daß Frankreich keine Nebengedanken oder geheimen Absichten habe, wolle es an der Organisation der internationalen Gewalt im Saargebiet mit seinen Truppen nicht teilnehmen.

Frankreich ersuche den Völkerbundrat, die Aufgabe auszuführen, die Frankreich zu erfüllen bereit war und noch bereit ist, um die Ordnung im Saargebiet mit Hilfe internationaler Truppen aufrecht zu erhalten. Wenn der Rat diese Aufgabe erfüllen werde, werde sich Frankreich an dieser Aktion nicht beteiligen, allerdings wenn auch Deutschland nicht daran teilnehmen wird.

England und Italien einverstanden!

Der britische Delegierte Eden erklärte die Frage der Ordnung im Saargebiet für ein teils- und teils-Problem. Da während des Plebiszites im Saargebiet Unruhen eintreten können, müsse man sich von dem Grundgedanken lassen, daß es besser sei, einer Krankheit vorzubeugen, als sie zu heilen. Deshalb sei England, wenn Frankreich und

Deutschland damit einverstanden sein werden, bereit, seine Truppen ins Saargebiet zur Einschüpfung einer internationalen Gewalt zu entsenden.

Auch der italienische Delegierte Baron Aloisi sprach die Bereitwilligkeit Italiens zur Entsendung italienischer Truppen ins Saargebiet unter den vom englischen Delegierten formulierten Bedingungen aus.

Ratpräsident Minister Dr. Benes erklärte, die Tschechoslowakei wolle sich nicht einer vom Völkerbundrat angeordneten internationalen Verpflichtung entziehen. Wenn der Rat darum ersuchen werde, werde die Tschechoslowakei sicherlich die Verpflichtungen übernehmen, die Eden präzisiert habe.

Als Vorsitzender des Rates führte Dr. Benes an, daß die Aufforderung zur Beteiligung der Staaten an der Organisation der internationalen Gewalt für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Saargebiet nicht nur für die im Rat vertretenen, sondern für alle Staaten gelte, die Mitglieder des Völkerbundes sind.

Der russische Volkskommissar Litwinow erklärte, er müsse zuerst seine Regierung fragen, bevor er im Namen der Sowjetunion die Verpflichtung übernehme, daß sich diese mit einem entsprechenden Kontingent an der Schaffung einer Wehrmacht im Saargebiet beteilige.

Darauf ergriff der Vorsitzende der Restaurationskommission des Saargebietes Knox das Wort, der u. a. ausführte, daß die gegenwärtige öffentliche Gewalt im Saargebiet zur Aufrechterhaltung der Ordnung während des Plebiszites bei weitem nicht hinreichend sei.

Die Aussprache beendete Minister Dr. Benes, der beantragte, daß der dreigliedrige Ausschuss des Völkerbundes für die Saarfrage auch die aus den heutigen Kundgebungen sich ergebenden Fragen behandle und zum Schluss dieser Ratstagung konkrete Vorschläge vorlege.

Diese vom Völkerbund getroffene Entscheidung wird in Genf als ungemein wichtig angesehen.

In deutschen Genfer Kreisen verlautet, daß Deutschland den Vorschlag, eine internationale

Wehrmacht ins Saargebiet zu entsenden, nicht annehmen wird, wenigstens nicht ohne Diskussion.

Zweite Volksabstimmung möglich

Am Mittwoch wurden auch die politischen Klauseln des Berichtes des Dreier-Ausschusses für das Saargebiet veröffentlicht.

Soweit es sich um den Status quo handelt, falls dieser sich aus der Volksabstimmung ergeben sollte, anerkennt der Bericht des Dreier-Ausschusses, daß es notwendig wäre, das heutige Regime im Saargebiet zu ändern, und zwar in der Weise, daß der Völkerbund im Saargebiet als souveräne Macht auftreten würde. Der Völkerbund würde seine Souveränität im Saargebiet im Rahmen der geltenden Verträge ausüben, welche ihn eine solche Interpretation gestatten, und es wäre die Möglichkeit einer zweiten Volksabstimmung zu geeigneter Zeit gegeben.

Die Patrioten an der Saar

Saarbrücken. (AP.) Die „Volksstimme“ bringt jetzt die angekündigte Liste der Saarländer, die heute in der Deutschen Front führend sind, seinerzeit aber ihre Naturalisation nach Frankreich beantragten. Diese Veröffentlichungen, die sogleich bei Beginn großes Aufsehen erregten, werden fortgesetzt werden. Die Publikation beginnt mit der Gemeinde Liesdorf, dem Wohnort des Staatsrats Spaniol. Die Eingabe an die französische Militärverwaltung des Kreises Saarlouis wurde damals unterzeichnet (10. Jänner 1919) u. a. von dem nationalsozialistischen Gemeindevorsteher, dem nationalsozialistischen Ortsgruppenleiter, sämtlichen (1) nationalsozialistischen Gemeinderäten und SA-Führern des Ortes. Darunter befinden sich auch der Onkel von Spaniol und die Verwandten des nationalsozialistischen Saardichters C. E. Spaniol befindet sich nicht unter denen, die die Vereinigung mit Lothringen (so heißt es wörtlich in der Eingabe) forderten, denn er war damals noch minderjährig. Die Nachrichten haben wie eine Bombe eingeschlagen.

Die Verlängerung der Dienstzeit

Die Verlängerung der militärischen Dienstzeit auf vierzehn Monate durch das Gesetz vom 11. Mai 1932 war der Beitrag der Tschechoslowakischen Republik zu der internationalen Abrüstungskonferenz, die im Februar desselben Jahres eröffnet worden war. Die Republik hat damit bewiesen, daß es ihr mit der internationalen Abrüstung ernst war und daß sie entschlossen war, ihr Besten nicht nur durch diplomatische Verhandlungen, sondern durch Taten zu fördern. Die Aufhebung dieses Gesetzes und die Verlängerung der Dienstzeit auf zwei Jahre ist die unvermeidliche Antwort auf das insofern offenbar gewordene Scheitern der Abrüstungskonferenz und auf die Bedrohung des Weltfriedens durch die Aufrüstung und die kriegerischen Gelüste der faschistischen Staaten.

Wir deutschen Sozialdemokraten haben auf die Ergebnisse der Abrüstungskonferenz von allem Anfang an durchaus keine überhöchlichen Hoffnungen gesetzt. Wir haben nicht erwartet, daß sie zu einer wesentlichen Herabsetzung der Rüstungen im internationalen Maßstabe führen würde. Aber es war doch die Hoffnung gerechtfertigt, daß sie wenigstens eine Begrenzung der Rüstungen bringen, daß sie dem fortschreitenden Wappstufen eine Schranke setzen wird. Diese Hoffnung war insbesondere so lange gerechtfertigt, als im Herzen Europas, in Deutschland, ein Regime herrschte, das, so sehr es sich auch damals schon in reaktionärer Richtung entwickelte, dennoch die primitiven Grundlagen der europäischen Zivilisation achtete und sich der Erkenntnis nicht verschloß, weichen müssen, welches Verderben für ganz Europa, vor allem aber auch für das eigene Volk, jedes Spiel Deutschlands mit kriegerischen Revanchegedanken bedeutet. Wir haben es für unsere selbstverständliche Pflicht gehalten, jedes, auch das bescheidenste Resultat der internationalen Abrüstungsbestrebungen mit allen Kräften zu fördern. Wir besaßen uns auch heute zu dieser Politik. Nicht eine Aenderung unserer Gesinnung, sondern die völlige Umwälzung der internationalen Voraussetzungen hat ihre Fortsetzung unmöglich gemacht.

Das verhängnisvollste Ereignis, das alle außenpolitischen Verhältnisse von Grund auf umgestaltet hat, war die Verkümmern der deutschen Demokratie und die Aufrichtung eines terroristischen Gewaltsystems, das sowohl an Grausamkeit nach innen, als auch an Gefährlichkeit nach außen alle anderen faschistischen Systeme noch übertrifft. Das national-faschistische Regime Deutschlands hat zwar von Anfang an mit heißen Friedensbeteuerungen nicht gespart, aber die Taten des Regimes stehen mit diesen Erklärungen in Widerspruch. Die Hochkonjunktur der deutschen Rüstungsindustrie bei wachsender Verelendung des ganzen Volkes, die steigende Einfuhr aller Rohmaterialien, die für kriegerische Zwecke verwendbar sind, bei würgender Devisennot, sprechen ebenso klar, wie der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und die Sprengung der Abrüstungskonferenz. Die diplomatischen Beschwichtigungsversuche des Herrn von Ribbentrop kontrastieren allzu auffällig mit dem Intrigenspiel der deutschen Diplomatie in Warschau und Budapest, in Wien und Rom. Die Ablehnung des Ostpakt durch Deutschland und sein Vorkommen mit dem früheren „Erbsind“ Polen läßt die wahren Ziele der deutschen Außenpolitik ebenso deutlich erkennen, wie die enge Verbindung mit Japan, das vom fernen Osten her den Weltfrieden bedroht. Und zu allen diesen Tatsachen tritt als unmittelbar drohende Gefahr das Treiben der Deutschen Front im Saargebiet.

Ist nach dieser Seite hin die äußerste Sachsamkeit und die ernsteste Vorsorge geboten, so hat auf der anderen Seite die Vernichtung der Demokratie in Oesterreich eine nicht minder bedrohliche Situation geschaffen. Sie hat Oesterreich seiner außenpolitischen Selbständigkeit völlig beraubt und das Land in das italienisch-ungarische Bündnis-system eingegliedert. Sie hat vor allem den habsburgischen Restaurationsgelüsten einen gewaltigen Antrieb gegeben, sie hat dazu geführt, daß Oesterreich von monarchistischen Aristokraten und schwarz-gelben Generalsäblern beherrscht wird,

Genosse Seitz in Freiheit!

Wien. (Tsch. F. B.) Der ehemalige Bürgermeister und Landeshaupmann von Wien Karl Seitz wurde Mittwoch mittags aus dem Sanatorium in der Auerberggasse entlassen und erhält die Bewilligung, sich in seine Wohnung zu begeben, wo er unter Polizeiaufsicht bleiben wird. Seitz muß sich jeden Tag der Polizei melden. Das Telefon wurde ihm ausgestellt.

Nach zehnmonatiger Haft muß Genosse Seitz endlich entlassen werden, weil man keinen Prozeß gegen ihn zu führen vermag. Die zehn Monate Haft waren ein brutaler Willkürakt, waren niedrige Rache der siegreichen Verfassungsbrecher. — Gerade und Angst der Sieger verfolgen den Genossen Seitz weiter, denn die Freiheit, die sie ihm nach der Haftentlassung gönnen, ist kaum etwas anderes als Hausarrest.

Wir wünschen dem Genossen Seitz, dessen seelische Kraft die zehn Monate Haft nicht zu brechen vermochten, völlige Wiederherstellung seiner Gesundheit, die ihm das Erleben der Wiedergeburt der Freiheit ermöglichen soll.

Auch Erich Kleiber!

Berlin. Wie der Vertreter des Habas-Büros mitteilt, kurbelt in Berlin das Gerücht, daß der Chef des Orchesters der Berliner Oper, Erich Kleiber, ebenso wie Furtwängler in Kürze zurücktreten wird. — Wiener Freunde Kleibers erhielten die telefonische Nachricht, daß Kleiber aus Solidarität mit Furtwängler demissioniert habe.

Geheime Denkschrift der Reichswehr

Scharfer Protest gegen die Ermordung Schleichers

Den Pariser Veröffentlichungen sensationellen Dokumenten über Geheimnisse aus dem Dritten Reich, den Berichten des Pariser „Journal“ über den Reichstagsbrand, die sich auf Aufzeichnungen des ermordeten Ernst Brüning stützen, folgt nun in der illustrierten Zeitschrift „Bu“ der Text einer geheimen Denkschrift mehrerer Generale und Stabsoffiziere der Reichswehr an Hindenburg u. a. datiert vom 18. Juli 1. J., in der es heißt:

„Schleicher ist ohne Urteil, ohne Beweis und ohne Verhör im Auftrage höchster Reichsstellen erschossen worden. Nach seinem Tode wurde er des Landesverrats beschuldigt. Wir alle erheben unsere Stimme, um seine Ehre wiederherzustellen. General Schleicher war eines solchen Verbrechens nicht fähig. Wenn verdiente Generale menschenwürdig niedergeschossen werden, dann gebietet die Pflicht allen, die das Ehrenkleid der Armee tragen, aus der Reserve herauszutreten.“

Die Denkschrift läßt auch scharfe Kritik an der Innen- und Außenpolitik. Sie sagt, Hitler habe sein Versprechen, den inneren Frieden herzustellen, nicht erfüllt. — Ueber die außenpolitische Situation wird, natürlich ganz vom militäri-

sehen, die Kriegsmöglichkeiten erwägenden Standpunkte aus, gesagt, der günstigste Kriegsfall könnte folgender sein: Deutschland, Italien, Polen, Japan, Oesterreich und Ungarn gegen Frankreich, Amerika, Rußland, die Kleine Entente, Belgien und die baltischen Staaten. Alles deutet aber darauf hin, daß dieser günstigste Kriegsfall nicht eintreten wird, wenn nicht eine Wendung in der deutschen Außenpolitik eintritt. Das Memorandum verlangt deshalb, die feige Ostpolitik zu verlassen, um mit allen Mitteln zu versuchen, das frühere Verhältnis mit Rußland wieder herzustellen. Das Bündnis mit Italien und Rußland sollte den Angelpunkt der deutschen Außenpolitik bilden.

Das Memorandum verlangt schließlich die Bildung eines Direktoriums, in dessen Hände die Kriegsvorbereitungen gelegt werden sollen. Verlangt wird auch der Rücktritt Goerings und Dr. Goebbels!

Die opponierenden Reichsoffiziere rechnen noch mit Hindenburg als entscheidenden innenpolitischen Macht. Er war bereits alles andere — war krank und der Gefangene Hitlers. Die Denkschrift der Reichswehr konnte ihren Zweck nicht erreichen.

die nicht nur bewaffnete Formationen neben der legalen Armee aufrüsten, sondern auch mit fühner Sitten die „Rüstungsgleichheit“, das heißt das Recht der offiziellen Ausrüstung verlangen. Daß diese Konstellation im Donauraum gegen Jugoslawien, aber auch gegen die Tschechoslowakische Republik gerichtet ist und ihre staatliche Unabhängigkeit ebenso bedroht, wie die Freiheit ihrer Völker, liegt offen zutage.

Zu alledem aber haben die Schiffe von Marseille das Bestehen einer internationalen terroristischen Verschwörerorganisation aufgedeckt, die eifrig am Werke ist, die überall aufgehäuften Bündnisse zur Explosion zu bringen.

So tief wie diese Entwicklung beklagen, so entschlossen müssen wir auch ihre die notwendigen Konsequenzen ziehen. Der Kampf um den Frieden muß heute vor allem geführt werden als unbeugsamer Kampf gegen den Faschismus. Der Faschismus war es, der mit der Zerstörung der Arbeiterbewegung zugleich auch die Grundlagen der bisherigen internationalen Politik vernichtet hat. Nur ein Völkervertrag an der Tafel vorübergehen, daß die deutsche Demokratie zu einem wesentlichen Teil das Opfer ihrer konsequenten Verständigungspolitik geworden ist. Nur ein Völkervertrag erkennen, daß die Demokratie in Österreich hauptsächlich deshalb vom Faschismus zerstört wurde, weil die Arbeiterklasse in einem demokratischen Österreich ein mächtiges Hindernis für den Waffenstillstand gewesen ist. Diese Tatsachen enthüllen den wahren Sinn aller antimarxistischen Parolen und Schlagworte. Wenn Judthäuser und Konzentrationslager das Bild der Volksgemeinschaft entrollen, so ist das fieberhafte Rufen der faschistischen Staaten, ihr Bündeln und Zutrigieren die waffenstarrende Praxis des Antimarxismus in der Außenpolitik.

Wir sind keineswegs der fatalistischen Auffassung, daß unter diesen Umständen ein Krieg vollkommen unvermeidlich ist. Wir geben den Kampf um die Erhaltung des Friedens auch in dieser verhängnisvollen und gefährlichen Lage nicht auf. Aber dieser Kampf muß heute mit anderen Mitteln geführt werden, als dies in einem noch überwiegend demokratischen Europa möglich gewesen ist. Der Friede kann heute nicht erhalten werden, indem pazifistische Kammern den faschistischen Völkern Abrüstung predigen. Der Friede kann heute nur erhalten werden, wenn die faschistischen Staaten sich entschlossenen Kräften gegenübersehen, gegen die auch ihnen ein kriegerisches Abenteuer aussichtslos erscheint.

Darum haben wir alle Bestrebungen unserer Außenpolitik nach internationaler Zusammenfassung der antifaschistischen Kräfte begrüßt und unterstützt. Darum haben wir die Stärkung des Völkerbundes durch den Eintritt Sowjetrußlands und die aktive Teilnahme dieses großen Staates an den internationalen Friedensbestrebungen ausdrücklich willkommen geheißen. Darum erblicken wir in dem Bündnis zwischen Frankreich und Rußland, das nach den offiziellen Feststellungen des Verästelten über das Militärbudget in der französischen Kammer ein ausgesprochenes Militärbündnis ist, in der gegenwärtigen Situation eine wichtige Stütze der europäischen Friedenspolitik. Wenn wir uns auch in dieser Auffassung in Widerspruch zur kommunistischen Partei der Tschechoslowakei befinden, so genügt es uns durchaus, daß wir uns dabei in voller Übereinstimmung befinden mit dem Außenminister der Sowjetrepublik. Wenn sich die kleine Entente in dieses System einliedert, so geschieht dies keines-

wegs bloß aus der traditionellen Verbundenheit mit Frankreich, sondern im Interesse der Selbsterhaltung und im Interesse der Erhaltung des allgemeinen Friedens.

Aus Grund aller Erwägungen konnten wir nicht zögern, an allen Maßnahmen mitzuwirken, welche geeignet sind, die Wehrhaftigkeit der Republik auf jenen Stand zu bringen, den die internationale Lage erfordert. Wir tun dies in der Überzeugung, daß die Ausgestaltung der Wehrmacht ausschließlich Verteidigungszwecken dienen soll und daß sie begleitet wird von einer Außenpolitik, die entschlossen ist, alles zu tun, um den Frieden zu erhalten. Wir verkennen nicht, daß die Verlängerung der militärischen Dienstzeit der Bevölkerung ein großes Opfer auferlegt, mag es auch im Augenblick wegen der herrschenden Massenarbeitslosigkeit weniger drückend empfunden werden. Die Bevölkerung — und das gilt in vollem Maße auch von den deutschen Arbeitern — wird bereit sein, dieses Opfer zu bringen, wenn sie das Bewußtsein hat, der Sicherheit des Landes und damit auch ihrer eigenen Sicherheit zu dienen. Die Tschechoslowakische Republik hat keinerlei territoriale Aspirationen, sie hat keinerlei Interesse an der Schürung internationaler Konflikte. Darum kann das Ziel der tschechoslowakischen Außenpolitik kein anderes sein, als die Wahrung der Integrität ihres Gebietes, die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und die freundschaftliche Zusammenarbeit mit allen Staaten, die gewillt sind, dem gleichen Ziele zu dienen. Wir haben das Vertrauen, daß die Außenpolitik der Republik von diesen Gedankengängen geleitet ist und daß sie in der Wehrmacht nichts anderes erblickt, als ein Instrument dieser ihrer Politik. Dafür zu arbeiten,

daß die Wehrmacht ein wirksames Werkzeug einer solchen Politik sei, sind wir bereit.

Aus der Bestimmung des vorliegenden Gesetzentwurfes, welche die dauernde Verurlaubung der Wehrpflichtigen vor Vollendung der zweijährigen Dienstzeit ermöglicht, entnehmen wir, daß die Regierung gewillt ist, von der längeren Dienstzeit nur so lange Gebrauch zu machen, als die internationale Situation es erfordert. Wir erblicken auch darin eine Bestätigung des durchaus defensiven Charakters der vorgeschlagenen Maßnahme und einen Ausdruck der Bereitschaft, zur Politik der Abrüstung zurückzukehren, sobald die Weltlage es möglich macht. Die Sozialdemokratie wird alles tun, was an ihr liegt, damit diese Voraussetzungen möglichst bald eintreten.

Wir sind überzeugt, daß die Welt den faschistischen Fieberausbruch überwinden wird. Wir sind überzeugt, daß gerade die Beunruhigung, die vom Faschismus ausgeht, das Erwachen der Völker aus diesem Rausch beschleunigen wird. Wir rufen die Völker auf, den gesteigerten Kriegsdrohungen ihren gesteigerten Friedenswillen entgegenzusetzen und die Arbeiterbewegung zu stärken, die nach wie vor die feste Stütze des Friedens ist. Wir glauben an die Wiederaufhebung der Arbeiterbewegung in den heute vom Faschismus gemächerten Ländern, die neue Vollwerke des Friedens schaffen wird. Wir glauben an die unüberwindliche, aus allen Rückschlägen in neuer Größe hervorgehende Kraft der sozialistischen Idee. Sie wird die Zukunft der Menschheit gestalten. Dann werden wir den Frieden sichern, nicht mehr, wie es heute die Rüstungen des Faschismus erzwingen, durch Gegenrüstungen, sondern durch den brüderlichen Bund der befreiten Nationen.

Dienstzeitvorlage angenommen Die Kommunisten zeichnen sich aus

Prag. Die Parlamentsverhandlungen von Mittwoch über die Verlängerung der Dienstzeit haben den Kommunisten seit langem wieder einmal Gelegenheit gegeben, sich in ihrer vollen Größe zu produzieren. Während heute — außer ein paar kommunistischen Kaffeehausjünglingen — schon jeder weiß, was auf dem Spiel steht, wenn man die verschiedenen Faschismen rings um uns ruhig aufrüsten und gewähren läßt, bis sie der Demokratie in Europa vollends den Kraken umdrehen können, und nicht ihren Angriffsgelüsten eisernen Abwehrwillen und eiserne Entschlossenheit zur Verteidigung entgegensetzt, verzapfte auch diesmal von der Parlamentstribüne aus der kommunistische Sprecher die alten „antimilitaristischen“ Phrasen, die man zur Genüge aus jenen friedlichen Zeiten kennt, da das Um und Auf jeder kommunistischen Politik die angeblichen „imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen Sowjetrußland“ bildeten.

Krüher, da es rings um uns noch keinen angreifbarsten Faschismus und darum auch keine Kriegsgefahr gab, wurden diese kommunistischen Phrasen mit einem Lächeln abgetan. Anders heute, wo die Demokratie schwer um ihre Existenz ringt. Heute vertritt das Parlament diese kommunistische Phrasologie — auch wenn dahinter nur ein paar Dutzend Hohlköpfe und kein einziger ordentlicher Arbeiter steht — allerdings nicht mehr. Für Dummbheiten sind die Zeiten heute viel zu ernst.

Es gab daher auch am Mittwoch im Parlament Sturmszenen des Unwillens gegen den kommunistischen Redner Dvorka, als dieser über die Stellung der kommunistischen Partei zur Verteidigung des Staates sprach.

Auf den Bänken der Koalition wurde schärfer Protest laut, die Kommunisten wurden als Bundesgenossen Hitlers usw. apostrophiert. Frau Jeminaová rief Dvorka zu: Das ist Dohberr, das ist ein Angriff auf unsere Republik! Dvorka bezog sich auf die Vorrede der Kommunisten als Lausbüberei und Dvorka als Spion.

Es regnete Ordnungsrufe gegen einige Kommunisten, die ihren Redner durch hysterische Jurufe zu unterbrechen suchten. Der Rest der Rede Dvorkas geht in jümmlichen Rufen unter, er möge schon endlich die Rednertribüne verlassen.

Nachher stellte Dvorka noch den Abgeordneten Dubich wegen des Ausdrucks „Spion“. Dubich will nichts zurücknehmen. Täuschlichkeiten scheinen fast unvermeidlich. Frau Jeminaová attackiert erneut den Kommunisten und erwischt ihn beim Krachen und nur mit Mühe gelingt es dem Dazwischenretter anderer Abgeordneter, den Anwälten der freireichenden Parteien allmählich zu entwöhnen. Dvorka erhält seinen dritten Ordnungsruf.

Inzwischen hatte der Nationalsozialist David, der Obmann des Wehrausschusses, als einziger Sprecher der Koalition das Verhalten der Kommunisten in der schärfsten Form verurteilt und im Namen

Bestellt das Wallisch-Buch

der Koalition, der sich diesmal auch Nationaldemokraten, Gewerkschafter und slowakische Volksparteiler angeschlossen hatten, eine Erklärung abgegeben, daß die Tschechoslowakei seit jeher die Politik des Friedens verfolgt und verteidigt hat und dies auch in Zukunft tun wird.

Wir wollen, sagte David, kein fremdes Gebiet, unternehmen aber alles zur Erhaltung des einheitlichen tschechoslowakischen Staates in seinen heutigen Grenzen. David schloß dann unter dem Beifall der Koalition mit dem Hinweis, daß die Koalition nach reiflicher Überlegung und im Bewußtsein des Ernstes der Situation die Zustimmung zur Dienstzeitverlängerung gibt. Unsere Arme wird sich besser auf die Verteidigung der 8000 Kilometer langen Grenzen vorbereiten können und wird besser auf die Verteidigung unserer demokratisch-republikanischen Staatseinrichtungen vorbereitet sein.

Schwächere Kräfte wiederholten sich auch während des Schlußwortes des Referenten Mankl. Hierbei gab es neuerdings Ordnungsrufe an ein paar Kommunisten und die Frau Ujzimla wurde schließlich für die heutige Sitzung ausgeschlossen. Ueber Aufforderung des Vorsitzenden verließ sie auch ohne weiteres den Saal, was die Koalition demonstrativ mit Handklatschen begleitete.

Nach Ablehnung des kommunistischen Antrages auf Uebertragung zur Tagesordnung wurde die Vorlage unbedeutend angenommen.

Nach Schluß der Plenarsitzung trat der Wehrausschuß zusammen und nahm die Vorlage über den Wehrbeitrag mit den vom Subkomitee beantragten Änderungen an. Demnach sollen erwerbstätige Frauen vom Wehrbeitrag befreit sein, falls sie nicht mehr als 15.000 Kronen an Einkommen versteuern und Kinder haben. Dagegen soll die Zahlung des Wehrbeitrages bereits mit dem 25. Lebensjahre beginnen.

Ueber die endgültige Formulierung der Dienstzeitrechnung wurde nachher noch im Beisein der Minister Stadac und Cernb in einem Subkomitee verhandelt.

Der Wehrbeitrag soll bereits am Donnerstag vom Parlament verabschiedet werden.

Partielgesetz um ein Jahr verlängert

Die Regierung hat Mittwoch im Parlament einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den die im Gesetz 201/33 erteilte, mit Ende 1934 ablaufende Ermächtigung zur Einstellung der Tätigkeit, bis zur Auflösung von Parteien (§ 1) und zur Auflösung von Vereinen und ähnlichen Körperschaften (§ 3, Abs. 3 und § 16, Abs. 1) bis 1. Jänner 1936 verlängert wird.

In dem kurzen Notizenbericht wird zur Begründung angeführt, daß die Verhältnisse, die seinerzeit zur Erlassung dieses Gesetzes führten, sich nicht in dem Maße geändert hätten, daß fünfjährig die in dem erwähnten Gesetz vorgesehenen zeitlich beschränkten Maßnahmen nicht mehr notwendig wären.

Babiola

Roman von
Olga Scheinpflugová

Copyright by Pressedienst E. Prager-Verlag, Wien

Was er bei der Geliebten, dann fühlte er, daß das Leben doch schön sei. Seine Geschäfte langweilten ihn schon längst; immer nur Erfolg haben ist nicht interessant.

Jetzt lag Herr Bonnetier in Bidar auf dem Strande. Nicht etwa deshalb, weil er gerade zum siebzehnten Male ein neues Leben beginnen wollte, sondern weil ganz Paris nicht mehr in Paris war und weil es unter der Würde reicher Menschen ist, sich auf dem heißen Asphalt die Füße zu versengen. Der Herr langweilte sich, Weit und breit war kein Firtz zu erspähen und seine Gattin bewunderte unentwegt das Meer.

Die Ebbe ließ den Strand wachsen, die Flut machte ihn kleiner. Und die Sonne, dieser vielbeschäftigte Arzt, legte goldene Umschläge auf tranke Schultern, Lungen und Füße.

Babiola war arm und hatte keine Zeit, krank zu sein. Sie schlängelte eifrig auf den ausgestreckten Seiten der Badegäste vorbei, die sich von der Luft salzen und von der Sonne braten ließen. Nichts entging ihrer Aufmerksamkeit. Sie sah die Taschchen der Damen auf dem Sande liegen, aus denen manchmal achlos ein Geldstück hervorkam, das hundertmal größer war, als der Verdienst der Kleinen an heißen Arbeitstagen. Und sie wachte neidlos: Ja werde einmal noch mehr haben als alle diese Frauen.

Damen führten ihre Kinder an der Hand. Sie waren ihr Schmutz und ihre Freude, diese Mädchen in Modenschuhen, diese Vögel mit ihren Sandhaufen. Ihr künftiges Heranwachsen machte den Damen augenscheinlich große Sorgen.

Was dann mit ihnen? Diese Frage quälte sie so sehr, wie eine Nadelnadel das Problem, was sie mit ihrem Hunde beginnen sollte, wenn er aus der Mode käme.

Und Hunde gab es in Bidar zur Genüge; hauptsächlich Bullen mit runden Weiberköpfen.

Frau Bonnetier hatte sich solch einen Hund für die Reise gekauft, weil man sie dieses Jahr „trug“ und weil jeder Modedame solch ein rundes Köpfchen unter dem flachen Sonnenschirm herbor-sah. Dieser kleine Bulli hatte noch keine Erziehung genossen, wachte nicht, wenn er gehöre und lief jedem nach. Er lief auch hinter Babiola her, was ihm in den Augen seiner Besitzerin sehr schoderte. Sie begann an seiner Intelligenz zu zweifeln, denn er mußte doch spüren, daß sein Frauchen Schuhe aus dem berühmten Geschäft des Monsieur Pinet trug, während die kleine Limonadenverkäuferin barfuß lief. Selbst der Hund einer vornehmen Familie darf keine demokratischen Dummbheiten machen und so rief Frau Bonnetier mit dünner, hoher Stimme unter dem Schut ihres Hunderranzschirms den Bulli von Babiolas Fersen zurück.

Die Bekanntschaft war aber geschlossen und als einmal Babiola ihn mit einem weiten Schwung ihrer leeren Flaschen verjagen wollte, sagte das das Hündchen als Wih auf und sprang lustig um Babiola herum. Frau Bonnetier klatschte in die Hände, rief immer lauter und da Babiola lässlich zu hören bekam, daß die Unzufriedenheit eines Badegastes den glatten Hinauswurf bedeute, ließ sie die Flaschen in den Sand fallen, nahm das Hündchen auf den Arm und trug es seiner Besitzerin zurück.

Die Dame nickte bloß. Arme sind dazu da, den Reichen kostenlos Gefälligkeiten und Dienste zu erteilen. Und sie hätte sich mit der Kleinen nie befaßt, wenn sich das Kind schweigend getrollt hätte.

„Jede Bekanntschaft ist ein Geschäft, wenn man geschick ist.“ pflegte Babiolas Arbeitgeberin

zu sagen und Babiola war auf dem Strande gang und gar Angestellte.

„Madame, darf ich in ihr Zelt Limonade bringen, ich kenne es: das rote mit der großen Quaite.“

„Wie so kennst du es?“

„Weil sie die schönsten Kleider haben, Madame. Ihr Kleid, ihr Hund, ihr Schwimmtrock sind die schönsten. Aber das Zelt wird seine Farbe verlieren, es ist schon viel lichter geworden seit ihrer Ankunft.“

„Du weißt auch, wann wir angekommen sind?“

„Natürlich, sie sind mir gleich aufgefallen.“ „Ach geh, Kleine.“ Die Dame lächelte den zwei schmutzigen Füßen im Sande zu. „Wie heißt du?“

„Babiola.“

„Ein sonderbarer Name.“

Die Dame wandte den Rücken gegen die Sonne. Viele Kinder waren auf dem Strande, aber keines schien ihr so originell zu sein, wie dieses. Babiola war anders als die andern, ohne daß sie hätte sagen können warum. Babiola wollte ihre Zeit nicht vergeuden. Sie suchte ihre Flaschen zusammen, um auch die Dame an ihre Pflicht zu erinnern.

„Gut, Kleine, bring mir zwei Glas Orangeade.“

Das Hündchen lief hinter Frau Bonnetier in das rote Zelt mit der Quaite.

„Zwei Glas Orangeade für einen neuen Kunden.“ rief Babiola; ihr Kopf reichte knapp über das Bull.

„Für wen denn?“

„Für die Dame mit dem Hund Bulli vom roten Zelt.“

Sie trug die beiden Gläser zu ihrem Bestimmungsort.

Babiola tat es wohl, die Kühle des Eiswassers durch das dünne Glas zu fühlen, die gelbe Farbe der Orangenschmelze, die oben auf schwamm, gestiel ihr und sie sah gerne die erfrischten Gesicht-

ter nach dem Trunk. Wenn sie dem verschmigten Raoul begegnete, strahlte sie vor innerer Befriedigung. Um wieviel schöner waren ihre Limonaden als seine schmutzigen Zeltungen voll Eratsch und Nord. Sie breitete eine kleine Serbierte auf dem Boden des Zeltes aus, auf die sie stolz die beiden trotz aller Sonne angelassene Gläser stellte.

„Bitte, Madame.“

Der Bulli auf dem Schoß der Dame zog seine Stirn in besorgte Falten. Er steckte die rosige Zunge in die warme Luft. Babiola reichte ihm das zweite Glas.

„Nein, das ist für dich bestimmt.“ sagte Frau Bonnetier. Babiola hatte das schon früher gewußt, denn welcher richtige Hund trank Orangeade. Sie stellte sich aber dennoch überaus und erkrant, wartete, bis die Dame getrunken hatte und nippte dann bescheiden von ihrem Glase.

„Du bist sehr gut erzogen. Was ist dein Vater?“

„Mein Vater ist ein Fischer und ein Säuser.“

„Armes Kind.“

„Ach ja.“

Das wirkte. Der Dame schmeckte es nicht mehr und der Bulli machte sein traurigstes Gesicht.

„Ich muß mich selbst erhalten.“

Babiola seufzte und wartete auf die nächste Frage.

„Arbeitsst Du schon lange?“

„Das zweite Jahr, bitte. Vater vertritt alles.“

Der Dame waren unangenehme Worte peinlich. Sie schloß die Augen und streichelte ihren Hund, der sich größerer Sorgfalt und Pflege erkrante als das Kind vor ihr. Ihre alte Sehnsucht, Freude in Kinderaugen aufzukommen zu sehen, erwachte, sie wollte der Kleinen helfen. Sie zog blindlings ein Geldstück aus ihrem Taschchen.

„Da, nimm.“

(Fortsetzung folgt.)

Beratungen des Parteivorstandes

Fr a g. Am Mittwoch trat in Prag der Parteivorstand zu wichtigen Beratungen zusammen, die politische und organisatorische Angelegenheiten betrafen. Der Parteivorsitzende Genosse Doktor C z c h. erstattete einen ausführlichen Bericht über die politische Lage, vor allem über die auf dem Gebiete der Gesetzgebung geplanten Maßnahmen, und insbesondere über die mit der geplanten Sanierung der Selbstverwaltungskörper zusammenhängenden Fragen. An den Bericht des Parteivorsitzenden schloß sich eine rege Aussprache, die mit wichtigen Beschlüssen beendet wurde.

Der Parteivorstand nahm auch zu den Saazer Vorgängen Stellung und billigte den Bericht über die bei den zuständigen Stellen erhobenen Beschwerden über die Übergriffe der Saazer Polizei.

An der Aussprache über sämtliche Berichte beteiligten sich: Gen. Statny, Deutsch, Dr. Selter, Krejčí, Palme, Schweichhart, Paul, Hasenberg, Kiehnert, Kern Fözl Taub.

Auch die Erörterung der organisatorischen Fragen nahm einen breiten Raum ein. Einem Bericht über die Arbeit des Jugendverbandes wurde zugestimmt.

80 Millionen Nachtragsbudget für das Fürsorgeministerium

Prag. Zum erstenmal seit vielen Jahren hat die Regierung im Sinne der Bestimmungen des Finanzgesetzes der Nationalversammlung ein Nachtragsbudget für 1934 vorgelegt. Es handelt sich um einen Betrag von 80 Millionen an Mehrausgaben für das Ministerium für soziale Fürsorge, die sich nicht durch Einsparungen bei anderen Budgetposten decken lassen.

Davon entfallen 20,5 Millionen Mehrausgaben aus dem Titel des Staatsbeitrages zur Sozialversicherung (10,3 Mill.) und Pensionsversicherung (3,6 Mill.), bzw. des Staatszuschusses zur Versicherung der Landarbeiter (6,6 Mill.), ferner 30 Millionen auf die B a u f ö r d e r u n g als Ersatz für den bisher nicht verwirklichten Nearez, 18 Millionen auf die gesetzlichen Bezüge der Kriegsinvaliden und 11,5 Millionen auf die staatlichen Altersunterstützungen.

Als Ursache der Budgetüberschreitung werden zum Teil die Krisenentscheidungen angegeben. Die Zahl der Rentner der Arbeiter- und Angestelltenversicherung ist infolge der Krise stark angewachsen; bei den Kriegsinvaliden rechnete man damit, daß eine größere Zahl im laufenden Jahr die Höchstentlohnungsgrenze überschreiten und dadurch aus der Invalidenfürsorge ausfallen wird. Bei den staatlichen Altersunterstützungen erwiesen sich die präsumierten 65 Millionen doch nicht als ausreichend, obwohl seit Anfang 1934 die Zahl der Unterstützten eine sinkende Tendenz ausweist (da eine steigende Zahl älterer Leute in den Genuss der Sozialversicherungsrente tritt). Der Betrag von 6,6 Millionen als Staatszuschuß zur Versicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter ist erst durch die Sozialversicherungsnovelle ab 1. Juli d. J. eingeführt, konnte also noch nicht im Voranschlag enthalten sein.

Wie war es in Saaz?

Ein führender Funktionär unserer Partei aus Saaz gibt von den Vorfällen in der dortigen Denkserversammlung folgende Darstellung, aus der die Schuld der Genlein-Deute und der Polizei eindeutig hervorgeht:

Als die Denkserversammlung in den bereits vollbesetzten Saal kamen, verlangten sie, daß unsere Genossen den Platz vor der Bühne räumen. Dies lehnten wir rundweg ab. Daraufhin machte der Regierungskommissar den Vorschlag, daß der Platz vor der Bühne je zur Hälfte besetzt werde. Wir nahmen sofort an, die SHJ lehnte ab. Zweiter Vorschlag des Regierungsvorstellers: Jede Gruppe stellt vor der Bühne zehn Ordner. Wir nahmen sofort an, die SHJ lehnte ab. Dritter Vorschlag des Regierungsvorstellers: Der Raum vor der Bühne wird geräumt und von Polizei besetzt. Wir nahmen sofort an und begannen den Platz zu räumen. Die SHJ drängt jedoch sofort nach, worauf sie von unseren Genossen wieder abgedrängt wird. Vierter Vorschlag von uns: Wir räumen den Platz, die SHJ kann ihn unter der Bedingung besetzen, daß sie genau so durchsucht wird wie wir. Das wird von der SHJ wiederum abgelehnt. Daraufhin erst haben wir erklärt, daß wir bleiben, wo wir sind. Jetzt erst hat der Regierungsvorsteher das Verbot der Versammlung ausgesprochen. Sofort haben wir unseren Genossen erklärt, daß wir in die Deutsche Turnhalle in unsere Versammlung marschieren. Unsere Genossen begannen in unruhiger Ordnung den Saal zu verlassen. Diesen Augenblick benutzten die SHJ-Leute, fürsten einen leer gewordenen Tisch bei der Bühne um und begannen auf unsere Leute einzuschlagen. Erst griffen unsere Genossen in selbstverständlicher Notwehr selber an. Daraufhin kam es zu den Vorfällen mit der Polizei.

Ansteigen der Arbeitslosigkeit im November

Um 12.1 Prozent

Im November des heurigen Jahres ist die Ziffer der Arbeitslosen stärker gestiegen. Während Ende Oktober die Zahl der nicht untergebrachten Stellenbewerber bei den Arbeitsvermittlungstellen 599.464 betrug, ist diese Ziffer im Monat November um 72.715 auf 672.179 angewachsen. Der Zuwachs beträgt dabei nicht weniger als 12.1 Prozent. Dieser Zuwachs ist größer als in derselben Zeit des Vorjahres. Im Jahre 1933 stieg vom Oktober bis zum November die Zahl der Arbeitslosen von 630.000 auf 691.000, das ist um 9.7 Prozent, während der Zuwachs im heurigen Jahre, wie schon erwähnt 12.1 Prozent betrug. Allerdings war der Zuwachs sowohl 1930 als auch

1931 und 1932 größer als heuer, nämlich 26.8, 32.8 und 14.1 Prozent. Nach den einzelnen Ländern war der Zuwachs im heurigen Jahr am größten in Karpatenrußland, nämlich 33.1 Prozent, dann folgt die Slowakei mit 24.8 Prozent, dann Böhmen mit 12.6 Prozent und schließlich Mähren-Schlesien mit 6.7 Prozent. Die Ursache des Anstiegens der Arbeitslosigkeit scheint vor allem im Aufhören der landwirtschaftlichen Arbeiten zu liegen, weil diesmal die Zunahme in Prag und Mittelböhmen stärker ist als in Nordböhmen. Allerdings ist in Nordböhmen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl die Zahl der Arbeitslosen weit größer als im mittleren Böhmen.

Prozeß gegen 73 Terroristen

Nach der Ermordung Kirows

M o s k a u. Das Zentralersekutivkomitee der U S S R beschloß folgende Abänderungen der geltenden Sowjetstrafgesetzbuch in Bezug auf die Untersuchung und Prüfung von Angelegenheiten betreffend terroristische Organisationen und terroristische Akte gegen Funktionäre der Sowjetmacht einzuführen:

1. Die Untersuchung über Angelegenheiten dieser Art muß in einer Zeit von nicht mehr als zehn Tagen abgeschlossen werden.
2. Diese Angelegenheiten werden ohne Staatsanwalt und ohne Verteidiger verhandelt.
3. Es ist nicht gestattet, Berufung gegen diese Urteile einzulegen und Begnadigungsgesuche einzubringen.

4. Das Urteil mit dem höchsten Strafmass muß sofort nach der Fällung des Urteils vollstreckt werden.

Am 13. Dezember wird vor dem militärischen Kollegium des Obersten Gerichtshofes ein Prozeß gegen 73 wegen Hochverrats und Vorbereitung terroristischer Akte Angeklagte beginnen. Allen droht die Todesstrafe.

An Kirows Sarg im Kriemsaal des Moskauer Gewerkschaftshauses wird alle fünf Minuten die Ehrenwache abgelöst, zweimal schon hielten Stalin, Molotow, Malinin und andere hervorragende Funktionäre die Ehrenwache. Ununterbrochen ziehen in drei gewaltigen Strömen die Arbeiter Moskaus am Sarge vorbei. Bis Mitternacht hatte ihre Zahl 150.000 erreicht.

Die blutige Rüstungs-Internationale

Washington. Am Dienstag nahm der Senatsausschuß für die Untersuchung der Rüstungen seine Arbeiten wieder auf. Es wurde eine Erklärung verlesen, die der Anwalt der „Gold Patent Firearms Company“, Benedict Golden, im Jahre 1926 in einer Steuerangelegenheit der Regierung übermittelte. Die Erklärung deutet an, daß die Waffenfabrikanten bereits im Jahre 1908 einen Krieg in Europa voraussehen. In der Erklärung Golden's wurde ausgeführt: Wir wußten, daß ein riesiger Konflikt drohte und gaben die notwendigen Summen aus, um eine Verkaufsorganisation in ganz Europa einzurichten. Im weiteren Verlaufe der Sitzung ergab sich, daß die Gesellschaft der Gewehrfabrikanten in Lüttich im Jahre 1924 in einem Schreiben an die „Bündener Arms Company“ und andere Waffenfabriken eine Bewegung ins Leben zu rufen suchte, um die Pläne des Völkerbundes für eine internationale Waffenkontrolle zu durch-

kreuzen. Weiter wurde bekannt, daß die internationalen Waffenfabrikanten im Jahre 1925 in Paris eine große Konferenz abhielten, wenige Monate vor dem Zusammentritt der Genfer Konferenz. Herbert Hoover berief, wie weiter mitgeteilt wurde, eine Konferenz der amerikanischen Waffenfabrikanten ein, um Mittel und Wege zu beraten zum Schutze der Interessen der Kriegsmaterialerzeuger auf der bevorstehenden Genfer Tagung!

Der Vorsitzende der Senatskommission Rye, erklärte: Wir haben hinreichende Beweise, daß das Kriegs- und Handelsministerium in den Diensten der Rüstungsindustrie standen. Ein bei der Untersuchung vorgelegter Brief einer führenden Persönlichkeit der Dupont-Remours-Gesellschaft erwähnt auch die Tätigkeit Hoovers, der in seiner Eigenschaft als Handelsminister eine Konferenz über den Waffenhandel in Genf im Jahre 1925 unmöglich machte.

Minister Bradáč über die aktuellen Probleme der Armee

Prag. (TNO) Der Minister für Nationalverteidigung V. Bradáč hatte für Mittwoch die Vertreter der Prager Presse in das Ministerium für Nationalverteidigung geladen, um ihnen Informationen über die durchberatenen Militärvorlagen und über einige andere aktuelle Fragen der Militärverwaltung vorzulegen. Der Minister äußerte sich ausführlich insbesondere über die Gründe, die die Militärverwaltung zu den vorgeschlagenen zweijährigen Militärrangdienstzeiten führten und die hauptsächlich in der Bereitschaft der Armee für alle Fälle zu suchen sind. Der Minister betonte auch die Notwendigkeit einer weiteren materiellen Ausstattung der Armee und verwies auf die vollkommene Unzulänglichkeit der Verbesserung der materiellen Verhältnisse der Militärangehörigen. Eingehendere Informationen über die nächsten Militärvorlagen, über die Wertung des Präsenzdienstes in den anderen öffentlichen Diensten und über den Wehrbeitrag gab der anwesenden Journalisten Ministerialrat Dr. Borel. Der Minister beantwortete auch zahlreiche Fragen, darunter auch die in Angelegenheit der letzten Kundgebungen des Generals H. Medel. Die Militärverwaltung hat Maßnahmen getroffen, daß die gültigen Vorschriften über das öffentliche Auftreten der Armeeangehörigen unter allen Umständen eingehalten werden.

Wir hoffen, daß diese Maßnahmen ausreichen, um Herrn Medel oder wen immer sonst von einem Auftritte abhalten, das der demokratischen Republik nicht dienen kann. Ob Medel als Literat oder als General geschrien hat, ist irrelevant. Im Ernstfall kann sich Herr Medel nicht in eine politische und eine militärische Hälfte zer schneiden und die eine für die Demokratie, die andere für seine dichterische Sehnsucht nach Konzentrationslagern marschieren lassen!

Zu der begrüßenswerten Fürsorge des Ministeriums für die sozialen Interessen der G a g i e n möchten wir bemerken, daß diese Frage,

soß hier Richtiges geschehen und dem Willen der Masse der Bevölkerung entsprochen werden, als Frage der sozialen Situation der gesamten Armee aufgerollt werden muß. Auch die Mannkraft muß anders betreut werden, wenn die Bevölkerung die längere Dienstzeit ohne Murren hinnehmen soll. Der Sold ist gering, die Kost nicht überall ausreichend, die Läden, die dem Soldaten aufgebürdet werden, sind hoch und werden in manchen Garnisonen gerade durch das mangelnde Verständnis der Kommissare und durch willkürliche Verfügungen untergeordneter Organe ins Unentwärtliche gesteigert. Die Heeresverwaltung und das MRO würden sicher die verständnisvolle Unterstützung des Parlaments finden, wenn sie dieses Problem in Angriff nehmen wollten.

Herr Domin kann auch anders...

Bei der feierlichen Einführung des neuen Rektors der Prager tschechischen Universität, des Professors Dr. Drahoš, in sein Amt hielt Professor Dr. Domin eine Rede, in der er auch den Insignienstreit und das Verhältnis zur deutschen Universität erwähnte. Das Gelehrte sei kein Unrecht an der deutschen Universität, sondern Herstellung der alten Rechte der Karls-Universität. Dr. Domin sei weit davon entfernt, sich die Öffentlichkeit durch Siegesjubel zu beläuben. Der Janapfel zwischen den beiden Universitäten sei beseitigt. Es sei sicher, daß es zwischen den beiden Universitäten zu einem Einvernehmen und zu einer Zusammenarbeit kommen wird. Es müsse nicht betont werden, daß diese Zusammenarbeit einen lokalen Standpunkt der Deutschen Universität voraussetze und keineswegs Provokationen, deren wir leider in den kürzlichen bewegten Tagen Zeugen waren. Wir wünschen der Deutschen Universität alle Bedingungen für ihre volle Entfaltung, wir wünschen ihr vor allem, daß sie einen engeren und besseren Kontakt zum Staat habe. Das werde möglich sein, wenn sie tatsächlich die Kulturarbeit der tschechoslowakischen Deutschen Wissenschaft, der tschechoslowakischen deutschen Gelehrten und des tschechoslowakischen deutschen Studententums wird.

Unser Blatt

erscheint Sonntag, den 9. Dezember nicht. Die Feiertagsnummer vom Samstag, den 8. Dezember wird somit

3 Tage aufliegen

Nützen Sie diese im Hinblick auf die nahenden Weihnachten besonders vorteilhafte Propaganda-Gelegenheit aus.

Die Verwaltung.

Hodža urgiert seine Vorlagen

Viehsyndikat — Kunstfettkontingent Entschuldung

Prag. Im landwirtschaftlichen Ausschuß kündigte Minister H o d ž a an, daß er der Regierung bereits eine Regierungsverordnung über die Regulierung des Inlandsverkehrs mit Vieh und Fleisch und über die Einfuhr von Vieh, Fleisch, Fett, Vieh- und Milchprodukten, weiters von Eiern, Fischen und Geflügel behufs Sicherung des Absatzes und der Preise sowie auch behufs Sicherung der hinreichenden und regelmäßigen Approximation der Bevölkerung überreicht habe.

Das gegenwärtige Viehsyndikat soll durch ein neues Regime ersetzt werden, das die Regulierung des Marktes durchzuführen soll. Dadurch werde sich ohne Zweifel auch der Viehmarkt im richtigen Verhältnis zum Getreidemarkt erholen können.

Mit der Viehwirtschaft hänge die geforderte Senkung des Kontingentes der Kunstfette zusammen. Seit 1931 sei die Kunstfettproduktion von 3890 auf 6410 Waggons gestiegen, die Fetteinfuhr aus Agrarstaaten von 2250 auf 1300 Waggons zurückgegangen. Dadurch sei unser Außenhandel mit den Agrarstaaten bedroht. Die Einfuhr an Fleischweinen und Fett müsse daher in einem Maße reguliert werden, das unseren handelspolitischen und volkswirtschaftlichen Rücksichten Rechnung trage.

Rasche Erledigung erfordere auch der weitere Antrag des Ministeriums auf Hilfe für die verschuldeten Landwirte. Es handle sich nicht um eine „Entschuldung“, sondern um die Regulierung der landwirtschaftlichen Schulden, über die gegenwärtig mit dem Finanzministerium und anderen Faktoren verhandelt werde. Diese Regulierung müsse g r u n d l i c h sein. Die endgültige Lösung des Crediterschulden und des Moratoriums für Landwirte soll bereits als erste Etappe in den Gesamtrahmen der Regulierung der Agrarschulden aufgenommen werden.

Schuschnigg für Hitler

Kritikverbot für die Presse

Die Nachrichten über eine von Mussolini angeordnete österreichisch-deutsche Verständigung (um eine neue deutsche Offensive nach der Saarabstimmung zu vermeiden) erlangen eine bezeichnende Bestätigung durch folgende Anweisung der österreichischen Polizei an die Presse. Sie wird dem „Daily Herald“ aus Wien in folgendem Wortlaut gemeldet:

„Aber die deutsche Aufrüstung darf nicht mehr veröffentlicht werden. Die Saarfrage ist von nun an im deutschen Sinne zu behandeln.“

Mein ist die Rachel

Madrid. Die vor kurzem in der metallurgischen und Maschinenindustrie eingeführte 44stündige Arbeitswoche wird durch eine Regierungsverordnung wieder aufgehoben. Damit tritt die 48stündige Arbeitswoche wieder in Kraft. Diese Verordnung der Regierung wird in Arbeitstreffen scharf kritisiert und als eine Vergeltungsmahnahme für die Oktoberunruhen hingestellt. — Der Handelsminister, der die wirtschaftliche Lage Asturiens überprüfte, hat erklärt, daß er mit der Wiederaufnahme der Arbeit in den Kohlengruben am 12. d. M. rechne. Arbeiter, die an der letzten Revolutionbewegung teilgenommen haben, werden nicht mehr eingekerkert werden.

Deutsch-Polnischer Geheimvertrag. (DG)

In rumänischen Blättern wurde positiv behauptet, daß ein Geheimvertrag zwischen Deutschland und Polen besteht, welcher die Aufstellung Litauens zwischen diesen beiden Staaten vorsieht. Durch ein solches Geheimabkommen wird die Freundschaft Polens mit Deutschland verständlicher. Im Zusammenhang mit diesen Meldungen bekommt auch die Mitteilung des Berichterstatters der französischen Kammer, daß im Falle eines europäischen Konfliktes Frankreich die russischen Truppen zur Befugung fänden, eine besondere Bedeutung.

Polen-England-Frankreich-USSR

(AP) Außenpolitisch ist es in den letzten Wochen wieder lebhaft geworden. Man hat den Eindruck, daß sich die polnisch-französischen Beziehungen wieder besser gestalten. Das zeigt vor allem die Rede des polnischen Völkchafers in Paris, C h l a p o w s k i. Der Ostpakt ist wieder auf der Tagesordnung, und alles spricht dafür, daß Frankreich hier Polen bis an die Grenze des Möglichen entgegenkommen und auf alle polnischen Bedenken eingehen will, sowohl in der Frage eines Durchmarsches russischer Truppen durch Polen wie hinsichtlich der Klauseln wegen Litauen und wegen polnischer Garantien für die tschechoslowakischen Grenzen. Labal vermeidet es dabei, Polen brüst vor die Alternative: Ostpakt oder Ende des Bündnisses zu stellen. Die vorliegende Aufgabe ist für den französischen Außenminister nicht leicht. Es muß dabei sehr bedacht werden, daß die USSR drängt natürlich auf den Abschluß des Ostpacts, in dem sie auch eine Sicherung gegen Überraschungen auf Grund des deutsch-polnischen Abkommens erblickt. Um der Verständigung Paris-Moskau willen, die angesichts des deutschen Rüstungsabkommens eine konstruktive Lösung ist, ist Frankreich — dabei im eigenen Interesse — an der Fortsetzung der Bemühungen um den Ostpakt interessiert. Denn ohne die Sicherheit gegenüber Polen wäre die USSR genötigt, die Fäden zu Deutschland wieder aufzunehmen, was zwar sehr schwierig, aber angesichts der Unberechenbarkeit der deutschen Außenpolitik, der Kagenjammerstimmung in der Wilhelmstraße wegen der Forderung und angesichts der starken Gegenströmungen gegen Mosbergs Kurs (Kerutsh, Reventlow, Reichswehr) mindestens nicht hundertprozentig aussichtslos wäre. Litwinow soll selbst das Gerücht lanciert haben, daß er durch Stomoniakow ersetzt werden solle, dessen gute Beziehungen in Berlin von früher her bekannt sind, um anzudeuten, daß es auch andere Möglichkeiten gibt. Außerdem heißt es, daß Worischilow, der ganz auf die aus einem russisch-japanischen Krieg sich ergebenden Probleme eingestellt ist, eine Verständigung mit Deutschland vorziehen würde, um allen Eventualitäten in Europa aus dem Wege zu gehen. Ruß Frankreich also hier bereits zwischen Polen und den Sowjets balancieren, so wird die Lage noch durch die Rücksichten auf England kompliziert, das zwar heute schon Deutschland gegenüber andere Töne anschlägt, aber von einer russisch-französischen Verständigung wenig begeistert ist.

Die englischen Juden braucht man

London. Einer Meldung des „Daily Herald“ zufolge, wurde in Großbritannien eine neue englisch-deutsche Handelskammer gebildet, deren Ziel die Vergrößerung des Warenaustausches zwischen diesen beiden Ländern ist. In der Meldung wird gleichzeitig erklärt, daß die Berliner amtlichen Quellen entschlossen seien, beiden jüdischen Geschäftsleuten in Großbritannien und in Irland einzuschreiben, damit sie durch Vermittlung dieser neuen Handelskammer ihre Beziehungen mit Berlin anknapfen. In dem vom deutschen Völkchafers in London genehmigten Programmentwurf werden auch die Bedingungen der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen und der Einstellung des jüdischen Boykotts festgesetzt. In einer in der nächsten Woche stattfindenden Versammlung wird eingehend über diese Fragen debattiert werden.

Warum Brückner gehen muß

Berlin. (AP) Die Amtsenthebung von Brückner, die an sich nicht völlig überraschend kommt, da man schon am 20. Juni ein Vorgehen gegen ihn erwartete (seine damalige Freundschaftsgabe für den Führer ist kein Gegenbeweis, da ja die ganze Gruppe nichts gegen Hitler, sondern nur gegen Goering vorhatte), wird als Aufmaß zu einer ganzen Serie ähnlicher Maßnahmen angesehen, mit denen also offenbar doch nicht bis nach der Saarabstimmung getraut werden soll. Wie weit die vom „Sunday Referee“ gemeldeten sieben Erschießungen in München damit zusammenhängen, ist noch unklar. Jedenfalls wird jetzt zum Schluß gegen die Halbinsel ausgehört. — Der Rücktritt von Graf v. d. Goltz ist nur noch eine Formalität und wurde schon seit langem erwartet. Sein Verhalten in Goslar (Demonstration gegen Schacht) dürfte ihm den letzten Stoß verfebt haben.

Die künstliche Benzinerzeugung in Deutschland. Die F. G. Farben baut ihre Anlagen in den Leunawerken zu einer Erzeugung von 350.000 Tonnen Benzin pro Jahr (bis jetzt 100.000) um. Gleichzeitig werden jetzt im Ruhrgebiet zwei neue Großanlagen erbaut, die 90.000 bzw. 45.000 Tonnen Benzin erzeugen sollen. Die mittel-deutschen Braunkohlengesellschaften errichten mit einem Aufwands von 250 Millionen RM zwei Anlagen, die mindestens 400.000 Tonnen Benzin erzeugen können. Darüber hinaus sollen durch Braunkohlenschievelereien weitere 150.000 Tonnen Benzin und über Kokereien und Gaswerke 350.000 Tonnen Benzol produziert werden. Die Anlagen dürften 1936 beendete sein. Binnen 1½ bis 2 Jahren würde also Deutschland in der Lage sein, seinen gesamten Benzinbedarf zu decken.

Schreckensurteile der Goering-Justiz

Berlin. (AP) Nach fünfjähriger Verhandlung verurteilte der Zweite Senat des Reichsgerichtshofes am 1. Dezember das Urteil gegen die 24 Leiter und Mitarbeiter der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ (SAP) und ihrer Jugendorganisation, des „Sozialistischen Jugendverbandes“ (SJV), die unter der Bezeichnung „Die neue SPD“ nach der nationalen Erhebung zu einem illegalen Sammelboden für die hochverräterischen Bestrebungen linksradikaler, unter jüdischer Führung stehender Elemente geworden war. Bis auf fünf Jugendliche im Alter von 16 bis 21 Jahren, die freigesprochen wurden, hielt das Gericht sämtliche Angeklagten der gemeinschaftlichen Vorbereitung zum Hochverrat überführt. Die drei Mitglieder des „Führerkollegiums“, der 37jährige Max K ö h l e r, der 34jährige K l a u s Z w e i l i n g und die 25jährige E d i t h V a u m a n n, erhielten je drei Jahre Gefängnis. Weitere Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen, die sich bis zu einem Jahre drei Monaten abmessen. Diejenigen Angeklagten, die nach der Aufhebung der ersten Reichsleitung als Hauptverantwortliche

die illegale Tätigkeit weiter fortgesetzt hatten, wurden zu Zuchthausstrafen von je zwei Jahren verurteilt.

Wiesbaden. Der Strafsenat des Oberlandesgerichtes Kassel hat am 2. Dezember gegen 41 Kommunisten aus Wiesbaden und Umgebung, die wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt waren, weil sie in den Jahren 1933/34 durch den Versuch der Herbeiführung eines organisierten Zusammenhaltes sowie durch Herstellung und Verbreitung illegaler Druckschriften ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitet hatten, das Urteil gefällt. Zwölf Angeklagte, darunter eine Frau, wurden zu zwei bis fünf Jahren Zuchthaus, 14 Angeklagte, darunter eine Frau, zu Gefängnisstrafen von neun Monaten bis vier Jahren verurteilt und zwölf Angeklagte freigesprochen. Während der Mittagspause kam es zu einem Zwischenfall. Der Angeklagte Trüffel versuchte sich mit einem Messer die Kehle zu durchschneiden und die Pulsadern zu öffnen. Er mußte ins Krankenhaus überführt werden.



Ritow,

der Sekretär der Leningrader Parteiorganisation, der in seinem Amtsgebäude einem Revolverattentat zum Opfer fiel und dessen Begräbnis heute in Moskau stattfindet.

Tagesneuigkeiten

Für die Kinder in der Tod Das Schicksal eines braven Vaters

Aus Wärsch-Ostern wird uns geschrieben: An der polnischen Grenze kam unweit von Petrovitz auf tragische Art und Weise ein Vater von sechs Kindern ums Leben, der aus Oberberg billige Drangen für seine in Diphtherie erkrankten Kinder nach Hause bringen wollte. In Polen sind nämlich die Drangen sehr teuer. Wie die Wärsch-Osterner Zeitungen berichten, gab ein Arzt dem genannten Familienvater den Rat, den kranken Kindern Drangensaft zu geben. Da er wiederum rasch nach Hause kommen wollte, benötigte er einen Güterzug und flog dann in Bebrzdowice aus. Hierbei ließ er über den Schienenstrang, wobei er das Rücken des polnischen Finanzbeamten überhörte, der gegen den Laufenden acht Schüsse abgab. Der Familienvater wurde durch fünf Schüsse getroffen. Er erlag seinen schweren Verletzungen im Krankenhaus. Er soll Krzemira heißen.

Fünfzehn Vergleute gasvergiftet

Saarbrücken. In der Grube Kamphausen bei Nischbach (Saargebiet) traten am Dienstag Kohlenoxydgase in einem solchen Umfange auf, daß 15 Vergleute Gasvergiftungen erlitten und ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Vergiftungen sind sämtlich leichter Natur und die meisten Verunglückten konnten bereits wieder entlassen werden.

Säugling erfriert bei der Mutter

Wien. Die 26jährige arbeits- und unterstandlose Hausgehilfin Helene M a y e r aus Kottingsbrunn, Mutter von drei Kindern, irrte mit ihrem neugeborenen Kinde zwei Tage und eine Nacht in den Wäldern herum. Als sie endlich ein Quartier fand, war der Säugling in ihren Armen erfroren.

Ging es wirklich?

Promotion in Brünn — ohne Insignien
Brünn. In Anwesenheit des Vertreters des Präsidenten der Republik und der Delegierten der Behörden, der Hochschulen und der akademischen Jugend fand Mittwoch vormittags im Auditorium maximum der juristischen Fakultät der Masaryk-Universität in Brünn die feierliche Promotion des Kandidaten des Brünnener Kreisstrafgerichtes Josef K e p e r t zum Doktor sämtlicher Rechte statt. Während des Zeremoniells verdoelmessigte der Vertreter des Präsidenten der Republik, Ministerialrat Dr. R i s h a dem neuen Doktor die Glückwünsche des Präsidenten zu dessen hervorragenden Studienerfolgen und übergab ihm als Geschenk des Präsidenten eine goldene Uhr. Die Feier fand mit der Intonierung der Staatshymne ihren Abschluß. Insignien hat die Brünnener Universität nicht.

Wißlungener Ueberfall

auf einen Bahnhofs-Kassier
Als der Bahnhofs-Kassier Subrt in Jaroměř-Haltstelle Dienstag abends das Geld zählte, um es auf den Hauptbahnhof zu tragen, trat in seine Kasse ein maskierter Mann, der ihn mit vorgehaltenem Revolver anrief: Geld oder das Leben! Auf diese ungemessene Aufforderung antwortete der Eisenbahner, indem er sich auf den Mörder stürzte und ihn zu überwinden suchte. Der Mannopf dauerte einige Minuten, da der Maskierte ein starker Mann war. Als Schritte hörbar wurden, rief er sich aber los und flüchtete ins Dunkel. Es wurde festgestellt, daß die Kassa in Ordnung ist. Der Mörder wurde bisher vergeblich gesucht.

London voran!

Labour sorgt für die Kinder.

Auf Grund einer Untersuchung der englischen Schulkinder hat der Chefarzt des Gesundheitsamtes, Dr. Newman, die Regierung auf die große Zahl schlecht- oder unterernährter Kinder aufmerksam gemacht. Die Arbeitermehrheit des Groß-Londoner Gesundheitsrates geht mit dem Ausbau der Kinderfürsorge dem ganzen Lande voran. Fünf eigene Stationen in der Hauptstadt verteilen an die Eltern unterernährter Kinder Lebertran, Milch und appetitanregende Mittel, natürlich auch im Bedürftigkeitsfall die erforderlichen Nahrungsmittel. Außerdem wird die Schulgesundheitspflege verstärkt und lohnfreie Behandlung angestrebt, ohren- und rheumatischer Kinder eingeführt.

Sieh da, ein Mann! Dem Zufall der Geburt, durch die Wilhelm Furtwängler Arier ist, verdankte es das Dritte Reich, daß es den derzeit berühmtesten Dirigenten Deutschlands zum Staatspräsidenten der Reichsmusikkammer, zum Staatsrat und zum Direktor des ersten deutschen Operntheaters machen konnte. Aus anderem



Wilhelm Furtwängler

Schrot und Korn als der Reichsmusikkammerpräsident Doktor Richard Strauß, wurde Furtwängler vom Anfang an gegen totale Gleichschaltung auf und berückte der Verarmung des reichsdeutschen Musiklebens, die durch die Ausschaltung ausländischer, andersrassiger oder andersdenkender Künstler eintreten mußte, nach Kräften, aber ohne nennenswerten Erfolg entgegenzuwirken. Jedoch im Dritten Reich trat sich's nicht nach der Kunst allein, sondern vielmehr nach Wille und Meinung derer von Wotans Gnaden: Hitler, Goering und Goebbels. Und weil denen der Furtwängler nicht paßte, weil er sich nicht durchaus zu ihrer Kreatur erniedrigte, ja weil er es wagte, seinem hochbedeutungsvollen Musikerkollegen Paul Hindemith das Wort zu reden, obwohl dieser als „jüdisch verrippt“ gilt, — deswegen begann in der letzten Zeit ein Kesseltreiben gegen Furtwängler und deswegen zog Deutschlands bedeutendster Dirigent es vor, denen, die auch die Musik dem Hofenkreuz unterwerfen wollten, seine sämtlichen Funktionen hinzuwerfen. Furtwängler, auf dessen Namen und auf dessen Wirken auch im Ausland das Dritte Reich nicht wenig stolz war, hätte es leid gehabt, sich im Sattel zu erhalten; er hätte nur ein bißchen nachgeben, beispielsweise nur Paul Hindemith fallen lassen müssen — und die Diktatoren hätten ihm goldene Prämien in den Staatsrat, in die Reichsmusikkammer, in die Berliner Oper und in die Berliner Philharmonie gebaut. Furtwängler aber gab nicht bei, sondern zog die Konsequenz aus einer Gesinnung, die er nicht preisgeben will. Schließlich hat Furtwängler damit nicht anders als menschlich und künstlerisch gehandelt; keine Rede davon, daß er der nationalsozialistischen Weltanschauung, soweit sie eben nicht menschlich, persönlich, künstlerisch mitbestimmt, kämpfend

entgetreten wollte. Aber es erweist sich eben, daß konsequente Anständigkeit und Charakterstärke mit der Zugehörigkeit zum herrschenden System in Deutschland unvereinbar ist. Tausende andere hätten in Furtwänglers Fall den Weg zum Kompromiß gesucht und gefunden — auch wenn es sich um viel weniger bedeutsame Wirksamkeit handelte, als sie Furtwängler zufiel. Eben deswegen aber verdient Furtwänglers Handlungsweise, mag der Mann auch geistig in welchem Lager immer verbleiben, ehrenvolle Würdigung und ein Dankeswort auch von uns.

Die nordwestböhmischen Rotainschmuggler. Die Erhebungen in der in Wlitz aufgedeckten Schmuggelaffäre nehmen immer größeren Umfang an. Die Geschäftsbeziehungen der Rotainhändler reichen auch nach Prag. Dem Eingreifen der Behörden in Wlitz gingen längere Vorverteilungen voraus. Sie waren darauf gerichtet, nicht nur einige Schmuggler, bzw. Händler, sondern die ganze Händlerorganisation unschädlich zu machen. Erhebungen wurden zu diesem Zwecke u. a. in Karlsbad, Komotau, Tepliz-Schönan, Brüx, Obergreuthal und schließlich in Wlitz gepflogen. Es scheint festzustehen, daß sich die Hauptverteilungsstelle für das geschmuggelte Rotain in Weipert befand. Bisher wurden sieben Personen verhaftet.

Rollandung. Am 4. Dezember um 11.50 Uhr war der Pilot-Leutnant des Militärflug-Vebungsplatzes Jemian bei der Gemeinde Bydowice, 7 Kilometer nordöstlich von Prostějov wegen Rotorstörung gezwungen, mit dem Apparat Wa 33-63 notzulanden. Bei der Rollandung wurde das Flugzeug beschädigt und der Pilot leicht am Kopfe verletzt.

Unter den Nädern. Die Direktion der tschechoslowakischen Staatsbahnen in Brünn teilte mit: Am 4. Dezember um 13 Uhr wurde im Tunnel beim Kilometer 163 der Strecke Brünn-Milovice die 24jährige Julie S o m a r e l aus Königsgrätz in schwerverletztem Zustande aufgefunden. Es handelt sich um einen Selbstmordversuch, wahrscheinlich aus unglücklicher Liebe. — Am gleichen Tage wurde um 19.36 Uhr in der Haltestelle D o l n í L h o t a der 15jährige Friseurlehrling V o ř i š o j H a l a aus Dolní Lhota von einem Schnellzuge erfasst und getötet, als er nach dem Verlassen eines Zuges das linke Geleise zu überschreiten versuchte.

Der Flieger Ull vermisst. Die Meldung von der Auffindung des Fliegers Ull bestätigt sich nach neueren Nachrichten nicht. Die SOS-Rufe Ulls sind seit der Zeit, da er auf das Wasser niedergehen mußte, verstummt. Um das Schicksal des Fliegers und seiner zwei Begleiter ist man in ernster Sorge. Zahlreiche Flugzeuge haben das Gebiet, wo das Flugzeug vermisst seine Notwasserung vornehmen mußte, abgefischt, ohne eine Spur zu entdecken.

Polarforscher gestorben. Im Alter von 60 Jahren starb in Brüssel der berühmte belgische Polarforscher, Baron Adrien Gerlache. Gerlache entdeckte u. a. das Herzog von Orléans-Land.

Vom Rundfunk

Empfehlenwertes aus den Programmen:

Freitag:

Prag, Sender 2: 10.05: Deutsche Nachrichten, 11: Schallplatten, 13.35: Arbeitsmarkt, 15.55: Militärkonzert, 16.45: Tschedisch für deutsche Hörer, 17: Konzert des Endricel-Quartetts, 18.20: Deutsche Sendung: Schmeißel: Sportwortschatz, 18.25: Dr. Simon: Die Aussichten unserer Jugend in der Wirtschaft, 18.45: Arbeiter-Liedung: Aktuelle zehn Minuten, 18.55: Deutsche Presse, 19.10: Schrammelfonzert, 21: Konzert der Prager Sendestation, Sender 3: 15: Deutsche Sendung: Für die Frau. — Brünn 18.20: Deutsche Sendung: Opern-Arien auf Schallplatten. — Wärsch-Ostern 18: Deutsche Sendung: Dr. Unger: Die Rechtsfragen des Altages, 20: Weitere halbe Stunde. — Preshburg 20: Orchesterkonzert, — Kaschau 20: Orchesterkonzert.

Moderner Kanon

(Nach einem italienischen Wortspiel)

- Wer geschicht und ehrlisch ist, der ist niemals ein Faschist.
- Wer Faschist ist und geschicht, ist kein Mann von Ehrlichkeit.
- Trägt wer das Faschistenkleid ehrlisch, ist er nicht geschicht.
- Wer geschicht und ehrlisch ist, der ist niemals ein Faschist.

Der rote Hans.

Chinas Frauen ohne Zopf

Wasserkopf. (Havas.) Mit der Mittwoch-Post ist der Text der Kantinger Regierungsverordnung eingetroffen, welche allen Provinzialgouverneuren zugesandt wurde und bestimmt, daß alle Frauen, die bisher einen Zopf trugen, sich ihn abschneiden lassen müssen. Gleichzeitig wird den Frauen verboten, sich die Füße durch Bandagen zu verunstalten.

Ein Filmatteller brennt. In den Filmatteller der Firma Warner Brothers in Burbank (Kalifornien) brach ein gefährlicher Brand aus, der nur mit großer Schwierigkeit gelöscht werden konnte. 15 Personen erlitten zum Teil erhebliche Brandwunden. Der Schaden ist sehr groß.

Die Frau des „Staatsfeindes I“. Wie das Justizdepartement mitteilt, ist es gelungen, die Frau des berühmten Gangsters Nelson zu verhaften. Nelson, der als „Staatsfeind Nr. 1“ gekennzeichnet war, ist bekanntlich vor einigen Tagen tot aufgefunden worden.

Ein neuer Taifun legte am Mittwoch über den südöstlichen Teil der Philippinen das Unheil. Die Ortschaft Bacuit wurde bis auf drei Häuser völlig zerstört. Drei Eingeborene fanden den Tod. Es ist dies der achte Taifun, der die Philippinen in den beiden letzten Monaten heimgesucht hat.

Deutschland kauft Heringe. Deutschland kauft zur Zeit alle Heringe auf, die von den holländischen Fischern nicht am offenen Markt verwertet werden können, und zwar direkt bei den Heringfischern selbst und zu einem erheblich über dem Marktpreise liegenden Preis (Verkaufung ist aber noch nicht erfolgt). Die Heringe kommen gar nicht auf den deutschen Markt, sondern werden konserviert. Die Konserven haben sich in Deutschland in phantastischen Mengen. Nicht schwer zu sagen, warum.

Eine Verwandte des Fey verführten. Die bulgarische Tänzerin Sonja Georgiewa, die Partnerin der bekannten Wiener Tänzerin Gertrud Bodenweiser, ist am Samstag plötzlich aus ihrem Hotel am Semmering verschwunden. Ihr Gepäck ist zurückgelassen. Die Tänzerin war wegen ihrer Schönheit viel bewundert. Vorderhand hat man noch keine Anhaltspunkte über ihren Aufenthaltsort. Die Gendarmerie hat Nachforschungen eingeleitet, da man einen Unglücksfall oder ein Verbrechen vermutet. Die Tänzerin ist eine Verwandte des berühmten Fey.

Streik der Bukarester Anwälte. Auf Beschluß der Anwaltskammer sind am Montag die Bukarester Anwälte in den Streik getreten, und zwar als Protest gegen einen Erlass, welcher die Erhöhung der Gerichtsgebühren vorsieht. Der Streik hat zur Folge gehabt, daß keine Gerichtsverhandlungen durchgeführt werden konnten. Alle Verhandlungen mühten verzögert werden. Zwei Anwälte, die sich trotz des Streikbeschlusses eingeschrieben hatten und plädieren wollten, wurden von den streikenden Kollegen ausgeschlossen und vertrieben. Dem Bukarester Streik haben sich einige Provinzialkammern mit der gleichen Begründung angeschlossen.

Katholiken landen antiklerikale Frauen. Die religiös-politischen Szenarien in Mexiko haben in der letzten Zeit einen bisher noch nicht erlebten Grad der Schärfe erreicht. In Puebla, der Hauptstadt des gleichnamigen Bundesstaates, hat eine fanatisierte Menge aufgegriffener Katholiken die Frau Micaela Ortega und ihre Tochter Enequina Castilla, die zur Verhaftung antiklerikaler Vorträge nach Puebla gekommen waren, bei ihrer Ankunft regelrecht gesteinigt. Ehe die Polizei eingreifen vermochte, waren die beiden Frauen dem Steinhagel bereits erlegen.

Eine Stednadel im Handgelenk. Frau Mary Walsh in Madelston im Staate New York brach sich dieser Tage das Handgelenk. Bei der ärztlichen Behandlung stellte sich heraus, daß sich das Handgelenk einer Stednadel im Fleisch verwickelt hatte. Frau Walsh erinnerte sich schließlich, daß sie sich vor ungefähr vierzig Jahren eine Stednadel ins Handgelenk gestochen hatte. Da sie aber keinerlei sonderliche Schmerzen verspürte, hatte sie sich nicht weiter darum gekümmert.

Zugszusammenstoß. Auf der südwestchinesischen Eisenbahn sind bei der Station Tsching-Chiao zwei Eisenbahnzüge zusammengestoßen. Bis her wurden 19 Tote aus den Trümmern geborgen. Zahlreiche Personen wurden verletzt.

Malariaepidemie. Auf Ceylon ist eine heftige Malariaepidemie ausgebrochen, an der stellenweise bis zu 90 Prozent der Bevölkerung erkrankt sind.

Das Jammertal. Dem Redakteur K a u f vom Berliner Auktionsblatt wurde die Berechtigung, als Schriftleiter tätig zu sein, entzogen, weil er anlässlich des Todes von Ringelmay einen Artikel geschrieben hatte, in dem er ausführte, Ringelmay habe es vorgezogen, dieses „Jammertal“ zu verlassen. Darin wurde eine — objektiv mit gutem Recht — eine Ironisierung der Zustände im Dritten Reich erblickt.

Für die Einwanderung nach Palästina liegen jetzt für die ersten 9 Monate dieses Jahres die Zahlen vor. Die Gesamteinwanderung betrug 28.450 Personen, von denen 27.263 Juden waren. Die Zahl der aus Deutschland einwandernden Juden betrug, wie das RFB meldet, in diesen 9 Monaten 4935.

Im Jahre 1933 sind insgesamt 5392 deutsche Juden nach Palästina emigriert, so daß die Gesamtzahl der Juden, die bisher seit der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus Deutschland mit dem Ziel Palästina verlassen haben, mehr als 10.000 beträgt. Die Einwanderung deutscher Juden nach Palästina ist in den letzten Monaten zurückgegangen. Während sie noch im Juli 729 betrug, werden für August nur noch 513 und für Dezember 461 Einwanderungen gemeldet.

Wahrscheinliches Wetter heute: In den böhmischen Ländern vorwiegend bis wechselnd bewölkt, Abnahme der Regenmenge, nur vereinzelt Schauer, warm, aufsteigender Südwestwind. Im Karpatengebiet vorwiegend bedeckt, mit Niederschlägen, stellenweise neblig, mäßig warm, schwacher Wind. — Weiterausblick für morgen: Wetterlage unsicher. Im allgemeinen etwas kühler.

Gute Sozialpolitik ist Bevölkerungspolitik

Die Bevölkerungsbewegung im ersten Halbjahr 1934

Die letzten vom Statistischen Staatsamt veröffentlichten Ziffern über die natürliche Bevölkerungsbewegung im ersten Halbjahr 1934 ergeben eine leichte Zunahme des Ueberschusses der Lebendgeborenen über die Sterbefälle. Vom Jänner bis Juni betrug der Ueberschuß der Lebendgeborenen im gesamten Staatsgebiet der Tschechoslowakischen Republik 43.847. Auf 1000 Einwohner berechnet entfällt ein Ueberschuß von 5,88. Im Jahre 1933 waren 82.435 und auf 1000 Einwohner kam ein Ueberschuß von 5,50.

Es scheint demnach, daß im Jahre 1933 vorläufig der höchste Stand in der natürlichen Zunahme der Bevölkerung unseres Staates zu verzeichnen war.

Die Entwicklung der natürlichen Bevölkerungsbewegung in den letzten elf Jahren zeigt dieses interessante Bild:

	Ueberschuß an Lebendgeborenen	auf 1000 Einwohner
1923	170.320	12,22
1924	147.494	10,48
1925	140.399	9,89
1926	129.022	9,01
1927	105.084	7,29
1928	118.052	8,14
1929	100.780	6,90
1930	125.544	8,55
1931	106.151	7,18
1932	102.240	6,87
1933	82.435	5,50

Die wachsende monarchistische Tätigkeit

Die „Deutsche Revolution“ schreibt, jetzt, da in den führenden Kreisen des Auslandes ein Verständnis für die gefährliche Dynamik der deutschen Revolution erwacht sei und seit dem 30. Juni allgemein die Erkenntnis verbreitet sei, daß Hitler die Dynamik der Revolution nicht bändigen könne, jetzt fähig die Monarchisten ihre Saat reifen und verdoppelten ihre Anstrengungen. Das Blatt veröffentlicht dazu einen Brief aus Deutschland, in dem es heißt, einer der wenigen Jerntümer der Deutschen Revolution in der Beurteilung der Lage sei die Unterschätzung der monarchistischen Gefahr. Auch die Katholiken gehörten zu ihren Schrittmachern. Von entscheidender Bedeutung sei die Einigung auf einen einzigen Kandidaten. Bis vor kurzem habe es drei Gruppen gegeben, die Älten, die den Kaiser haben wollten, die Jüngeren, die den Kronprinzen nominieren und dabei seine guten Beziehungen zu Hitler in die Waagschale warfen, schließlich die Gegner Hitlers, die aus dem gleichen Grunde den Prinzen Oskar auf den Schild erhoben.

Frauenarbeit in China

(AP.) Die Frauen stellen in China ein Heer von Arbeiterinnen für die Industrie. Dabei wird ein für abendländische Verhältnisse unfaßbarer Raum an ihr betrieben. Die färsigste Arbeitszeit sind 8 bis 10 Stunden. In der Seidenindustrie aber werden in zwei Schichten von 6 Uhr früh bis 6 Uhr nachmittags und von 6 Uhr nachmittags bis 6 Uhr früh zwölf Stunden gearbeitet. Keimlich ist es in der Baumwollindustrie. In der Tabakindustrie währt die Arbeit zwar in der toten Saison nur vier bis sieben Stunden, um in der Saison auf 12 bis 15 Stunden täglich zu steigen. Die Arbeiterinnen haben dann nicht einmal Zeit, um in Ruhe ihre Mahlzeiten einzunehmen. Dies muß während der Arbeit geschehen. Der Betrieb vollzieht sich pausenlos. Es gilt daher als großer Vorzug, in einer Weberei oder Baumwollspinnerei beschäftigt zu sein. Dabei gibt es im Monat nur zwei Ruhetage.

Es ist danach fast überflüssig zu erwähnen, daß die Löhne enorm niedrig sind. Eine Arbeiterin in der Seidenweberei in Tientsin erhält 20 Cents täglich. Die Hälfte aller Arbeiterinnen erhält nicht mehr als 13 Dollar im Monat. Der Bericht des Internationalen Arbeitsamtes darüber stammt aus dem Jahre 1934. Die Seidenwebereien in Shanghai zahlen 35 Cents pro Tag, die Tabakfabriken 30 Cents. Die Lohnunterschiede sind also außerordentlich hoch. Im großen und ganzen weist das Monatslohnkommen in den Fabriken Schwankungen zwischen 4 und 30 Dollar auf. Selbst hochqualifizierte Arbeiterinnen in den Spinnereien von

Shanghai erhalten nie mehr als einen Dollar pro Tag.

Es fehlt jegliche gesetzliche Regelung. Die Arbeitsverhältnisse sind entsprechend. Eine Unmenge von Menschen ist in viel zu enge Arbeitsräume eingepfercht, die zu wenig Luft und Licht haben. Da die Arbeitsplätze feucht und unbegleitet sind, sind Krankheiten unter den Arbeiterinnen weit verbreitet. Dabei wird aber ein Höchstmaß von Leistung verlangt. Die Ueberwachung ist streng und P e r s o n e n, Abzüge von dem färsiglichen Lohn und fristlose Entlassung wegen Nachlassens des Tempos sind an der Tagesordnung. Die S ü a l i n g e werden in die Fabriken mitgebracht und dort gefüllt. Kleine Kinder kriechen in den Arbeitsräumen auf dem Boden und zwischen den Maschinen herum. Reis, Fisch und Gemüse ist die einzige Nahrung der arbeitenden Frauen. Die Wohnverhältnisse sind nicht minder trübsal. Nur vereinzelt sind Verläufe unternommen worden, Abhilfe für diese Zustände zu schaffen. Einige wenige Fabriken haben für ihre Arbeiterinnen Häuser errichtet. Aber auch da handelt es sich um kaum mehr als Baracken, die häufig überfüllt sind. Es gibt zwar neuerdings auch Krankenhäuser und Fabrikärzte, Maßnahmen zum Kampf gegen Cholera und Typhus und an einigen Orten, wie Shanghai, örtliche Behörden für Erziehung und Gesundheitswesen, aber das sind vereinzelte Maßnahmen, da es an einer umfassenden Sozialgesetzgebung fehlt. Ob diese ist aber nicht mit einer Verringerung des Lohses der chinesischen Arbeiterinnen zu rechnen.

Kampf um die Kirche

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen innerhalb der deutschen evangelischen Kirche, sowie das gespannte Verhältnis zwischen dem Vatikan und dem Naziregime dürfen keinen Augenblick vergessen lassen, daß diese oppositionellen Bewegungen sich nicht prinzipiell gegen den Nationalsozialismus wenden. Auch die evangelische Kirchenopposition schürt nicht gegen die deutsche Kirche und den faschistischen Staat wie die Deutschen Christen. Ein Vertreter der oppositionellen Pfarrer, Dr. Martin Dörne, hat in einer Broschüre zum Kirchenkonflikt die „Verhärtung des weltlichen Schwertes“ ausdrücklich gebilligt. Kirchenkonflikte zwischen dem Papst und der weltlichen Macht kennzeichnen auch das deutsche Mittelalter. Und doch ist und bleibt im Wesen die Kirche immer einer der kräftigsten Stützpunkte der herrschenden Klasse. Darum ist auch jetzt, wo der Nationalismus in seiner Untergangsperiode seine Macht nur in der faschistischen Form aufrechterhalten kann, ihre oppositionelle Taktik nur von dem Bestreben diktiert, sich ihre Machtpositionen zu sichern. Man sehe doch: in Italien hat der Vatikan schon nach einigen Jahren seinen Frieden mit Mussolini geschlossen. In Oesterreich und Spanien sind gerade die Merkmalen die Träger der faschistischen Reaktion. Die schweizerischen Katholiken sind die eifrigsten Verehrer des kooperativen Staates. Der reaktionäre Kurs des Colijn-Vonpartismus in der alten Demokratie Holland wird vom katholischen und lutherischen Bürgertum getragen.

Daß der Katholizismus sich gegen die Totalitätsansprüche des nationalsozialistischen Staates wehrt, weiß kein Christen. Das ist man von ihm gewohnt. Aber daß in den einflussreicheren Kreisen des deutschen Protestantismus sich ein aufrührerischer Geist gefahren ist, verwundert doch. Prinzipien hatte er keine. Seine ideologische Kraft war nur gering. Als Basis war er mit den rückständigen Bevölkerungsschichten des nördlichen Deutschland verbunden. Politisch machte die protestantische Kirche alle Bewegungen der Bauern, der ostelbischen Junker und des Kleinbürgertums mit. Die protestantischen Priester waren es, die Hitler den Weg zur Macht ebneten halfen. Sie segneten die Fahnen der SA schon lange vor dem 30. Juni 1933.

Daß die Entwicklung selbst innerhalb der protestantischen Kirche sich stürmische Formen annahm, beweist, daß den ideologischen Auseinandersetzungen sehr reale Differenzen innerhalb der herrschenden Klasse zugrundeliegen. Die Anfänge dazu datieren schon aus dem Vorjahre, seit dem Konflikte Hugenbergs mit Hitler. Um die deutschen nationalen loszuwerden, wurden damals alle „revolutionären“ Kräfte der nationalsozialistischen Bewegung mobilisiert. Da Hugenberg und die Seinen in der protestantischen Kirche bedeutende Stützpunkte hatten, wurde gegen diese Kirche die bis dahin unbedeutende Gruppe der Deutschen Christen in Bewegung gebracht. Mit der großen Rüstung, mit der im Sommer des Vorjahres die nationalsozialistische Bewegung alles überflutete, brachen auch die Straßenräuber der Deutschen Christen mühelos in den kirchlichen Läden ein.

Mit der zunehmenden Krise des staatlichen Regimes erwarteten gegen die „heidnische Profanierung“ der evangelischen Traditionen durch die Deutschen Christen die Reste eines Bürgertums, das ein bedeutendes Stück seiner Ideologie vernichtet sah. Aber das ist nicht alles. Daß es in den letzten Tagen so ausfiel, als ob die oppositionelle kirchliche Bewegung das deutsch-christliche Regime der protestantischen Kirche an die Wand gedrückt hätte, darf nicht sehr auf besondere ideologische Kraft allein schließen lassen. Denn die kirchliche Opposition hatte hinter sich eine breite Kleinbürgerliche und auch proletarische Anhängerchaft, die aus ihrer Opposition gegen das staatliche Regime in die Kirchenbewegung geraten war. Nach der Zerstörung aller anderen legalen Widerstandszentren hat sich der Schwerpunkt der Opposition nach rechts verschoben. Breite Kleinbürgerliche und proletarische Massen füllen die Kirchen und folgen den Flugblättern und Reden der Pfaffen — nicht, um des Glaubens willen, sondern weil sie darin eine Spur von Widerstand gegen das verhasste faschistische Regime sehen.

Weil das so ist, würde eine Erscheidung des Kirchenstreites zugunsten der Opposition auch eine Schwächung des Einflusses und des Ansehens der gesamten nationalsozialistischen Bewegung bedeuten. Und darum muß der Nationalismus auf die unbedingte Gleichschaltung aller Organisationen sehen, die in irgendeiner Form Sammelpunkt oppositioneller Kräfte werden können. Die vorläufige, teilweise abwartend neutrale Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Kirchenstreit spricht nicht dagegen: sie beweist nur ihre allgemeine schwierige Situation, die ihr ein rücksichtsloses Eingreifen nicht ermöglicht.

Die sozialistischen Antifaschisten haben keinen Interesse daran, sich aktiv auf die eine oder andere Seite der streitenden Mächte zu stellen. Die reaktionäre Rolle der Kirche bleibt in jedem Falle. Die Antifaschisten haben die Aufgabe, den religiösen Streit auf seinen gesellschaftlichen Untergrund zu verfrachten und die Kleinbürgerlichen und proletarischen Elemente, die heute als Anhänger der kirchlichen Opposition nur scheinbar auf einer antifaschistischen Front stehen, für den wirklichen revolutionären Kampf zu gewinnen. Diese Taktik wird dazu beitragen, den beiden sich jetzt gegenüberstehenden Mächten der Reaktion einen Teil ihrer Kraft abzusaugen und die wirkliche revolutionäre Front gegen Faschismus und Reaktion zu verfrachten. S. R.

Europa so oder so?
Wer sich über diese Frage Gedanken macht, kaufe und lese das
Arbeiter-Jahrbuch 1935!

Rasch hilft
bei Schmerzen
in den Gelenken und Gliedern

Togonal

Togonal wirkt prompt.
Machen Sie einen Versuch mit Togonal, Sie können sich viele qualvolle Stunden ersparen. Togonal bringt Ihnen Linderung selbst in veralteten Fällen. Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken. Preis K 12.—

Prager Zeitung
Ein Hund

Ein Hund, ein ganz kleiner Hund, sozusagen ein Hundes-Junges — hebt mit seinen vier wackeligen, zitternden Pfoten (von Weinen kann nicht die Rede sein), mitten auf der Straße. Er will nicht weiter gehen. Der Himmel mag wissen, warum. Ist ihm kalt, ist er müde, mißfällt ihm diese in Rauchreif starrende Welt, mit ihren steinernen Häusern und ihren traurig-fahlen Bäumen? Es ist ein so drolliges winziges Tier, dieser Hund. Mit einem dicken weißen Fell als Haut und einem sehr lornisch braun- und schwarzgestreiften Ohr. Wahrscheinlich wird aus ihm mal ein schmuder Raffelotter. Aber noch ist er nichts als eine kleine ulkige Kugel.

Herzchen lodt, und Frauchen lodt. Erfolgt. Ein paar Polizisten, die vor den Gefandtschäftsgebäuden in dieser Straße stehen und sie beobachten, kommen lachend näher. Da ist der große weite Himmel und hier die ebenso unendliche Erde. Und zwischen diesem Himmel und dieser Erde sitzt eine kleine lebendige Pelzkuugel und bockt ganz renitent.

Was soll man tun? Verzweifelt stehen alle. Herzchen, Frauchen und die Polizeibeamten. Da biegen plötzlich zwei junge Mädchen um die Ecke. Sie haben vergnügte Sonntagsgesichter und unterhalten sich angeregt. Auf deutsch. „Sieh' den kleinen Hund“, sagt die eine. „Wie herzig er ist. Kommt doch her“, ruft nichtahnend die andere und lodt das Tierlein. Und — oh Wunder! Mit ungefaßten stolpernden Schritten wadelt das Hundes-Junge dem Mädchen entgegen. Läuft sich bereitwillig von ihm auf den Arm nehmen und streicheln. Die anderen sehen es staunend. Und ein Polizeibeamter erzählt dem Fräulein in fliehendem Deutsch, was sich soeben hier zugetragen. Das junge Mädchen winkt artig ab. Sie kann auch nichtschicklich. Aber der andere will ebenso höflich sein. Und so ergibt es sich, daß jeder der beiden in der Mutterprache des anderen antwortet. Der kleine Hund ist mit Herzchen und Frauchen schon längst über alle Berge. Auch die Beobachterin dieser Hei-

nen Szene hat ihn, ehrlich gesagt, bereits vergessen. Viel erfreulicher und viel bemerkenswerter erscheint ihr das Nachspiel, und der Gedanke bleibt haften, daß diese Art gegenseitigen Entgegenkommens — nämlich Freundlichkeit und Höflichkeit — doch das beste Mittel zur Verständigung zweier verschiedener, nebeneinander lebender Nationen ist. Katja.

Gerichtssaal
Lebenslänglicher Kerker für Karl Koptiva

Frag. Der von uns bereits ausführlich besprochene Raubmordprozeß gegen den Kuffcher Karl Koptiva fand am zweiten Verhandlungstag, am Dienstag, sein Ende. Nach den Plädoyers des Staatsanwaltes und des Verteidigers erkannten die Geschworenen den Angeklagten mit Einstimmigkeit schuldig.

Der Schwurgerichtshof des OGH. Hellriegel verurteilte auf Grund des Verdichtes den Angeklagten zu lebenslänglichem schweren Kerker. r. v.

Kunst und Wissen
Arbeitervorstellung „Traviata“

Oper von Verdi, am Sonntag, den 16. Dezember, um halb 8 Uhr nachmittags im Neuen deutschen Theater. Karten ab Dienstag täglich von 8 bis 2 und 4 bis 6 Uhr bei Oprek Deutsch, Graben, Koruna.

Sonntag Premiere „Der Kreidekreis“ von Zemlin, Text nach Madam.

Ringelrat-Abend des „Studio 1934“ am Dienstag, dem 11. Dezember, bringt einen Heberblick über das gesamte Schaffen des jüngst verstorbenen Dichters. Der Abend — im Bühnensaal der „Armania“ — beginnt um 20.15 Uhr. Karten: Armania, Trublat, Wehler, Urbanek.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag halb 8: Fremdenverkehr, 8 2. — Freitag 7: Peer Gant, D 1, Bankbeamte und freier Verkauf. — Samstag halb 8: Der Enkel des Golem, D 2, Aufführung. — Sonntag halb 8: Menschen in Weiß, halb 8: Der Kreidekreis, A 1, Aufführung.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr: Sensationsprozeß, zum zwanzigsten Male. — Freitag 8 1/4: Hochflingel das Lied vom braven Mann, Kulturverbandsfreunde und freier Verkauf. — Samstag 8: Fremdenverkehr. — Sonntag 8 1/4: Hochflingel das Lied vom braven Mann, 8: Nacht vor dem Ultimo.

Vorträge
Josef Buzals zeitgenössischer Autorenabend

Josef Buzal, der am Dienstag in der „Armania“ meist jüdisch-deutsche Autoren las, ließ innere Reife des Vortrags besonders fühlbar werden im „Brief eines Töbtsichtigen“ von Paul Lepzin, einem weltspöttisch-sarcastischen Gedankenbild voll tiefer menschlicher Skepsis. Hier sah man, ohne billige Schauerfloskeln, das Unwirkliche wirklich und jene unheimlichen Spannungen fühlbar werden, die jenseits aller Bornaufperspektiven in uns allen am Werke sind.

Eine talentierte, aber etwas faloppe Gedichtfluge von Rudolf Fuchs „Dostojewski schreibt“ bewies eindringlich Fortschritte des Sprechers.

Aus dem Bilderbogen des Repertoires seien u. a. noch genannt: eine für den Vortrag nicht recht geeignete Novelle von Oskar Baum, Gedichte von Brod und Feigl, die Buzal instinktiver als garie Impression brachte, eine eindringliche Milieu- scene aus Ludwig Winders neuem Roman „Ein anspruchloses Herz“, eine unheimliche, psychologisch-historische Arbeit von Franziska Langer „Eroica Jugend“, sowie schließlich Walter Fichupitz's farbige, aber wenig bemerkenswerte Reportage vom „Grabmal des guten Soldaten Schweif“.

Auch diesmal erwieb sich im Laufe des Abends, daß Buzal Dramatisch-Effektives am besten liebt. Ein dankbares Publikum folgte mit verständnisvoller Aufmerksamkeit. Pierre.

„Erziehungs- und Propagandamittel der Gegenwart“

Ein kulturpolitischer Kursus des Bezirksbildungsausschusses der DMB in Prag

Heute, Donnerstag, um halb acht Uhr im Parteihaus, Národní tř. 4, vierter Kursabend:

Großmacht Rundfunk.

Vortragender: L. Goldschmidt.

Der Film



Der Knabe von Iran

aus dem Mähert-Film „Der Mann von Iran“ der auf den Filmfestwochen in Venedig den größten Erfolg errungen hat und mit dem ersten Preis ausgezeichnet wurde. Der Film „Der Mann von Iran“ erscheint im Verleih der Elektra-Film und läuft in den Kinos „Lucerna“ und „Kotva“.

Goebbels' Mißgeburten

Bei Gelegenheit eines Filmbroschens hat Herr Goebbels jüngst zugegeben, daß die unter seinem Kommando entstandene Filme verblödend wirken. Daß er diese Tatsache ungeschuldigweise erst jetzt bemerkt hat, ist einer seiner kleinen Propagandaticks; der innerdeutsche Mißerfolg seiner filmischen Mißgeburten läßt es ihm geraten erscheinen, ihre Vaterlands nachträglich einseht zu leugnen.

Was aber werden die heiligen Herren Verleiher und die ihnen gefälligen Herren „Kritiker“ tun, die uns die Verblödungsaktaden aus Berlin immer wieder angeboten und empfohlen haben? Sie werden — hoffentlich — damit aufhören, zumal gerade wieder die beiden Nazi-Filme, die uns in der letzten Woche erreichten, anschauliche Beispiele für das sind, was man Miße und Stumpfheit nennt. Der eine, der von einem Springer in Kontrefina“ handelt, ist so völlig sinnlos, daß man ihn unerörtert lassen kann. Der andere, das „Erbe in Pretoria“, zeigt dem staunenden Volke das schwere Dasein der reichen Leute. Er zeigt, wie ein großer (und edler) Schiffbauunternehmer aus Schred über verlorene 700.000 Mark erblindet, wie sein Profuturist aus Schmerz die Nahrungsaufnahme verweigert und wie seine arme, aber tapfere Frau ihre Nacht und ihren Schmutz verkauft. Ja sogar mit einem afrikanischen Milliardär stirbt er, um das Schlimmste abzuwenden. Interessanterweise besteht das happy end in der Auswanderung aus Deutschland, — und nicht ohne Reiz ist es, den mit Goering's Hilfe zum Staatsdichter-Intendanten gewordenen Herrn Grundgens einen hinterhältig-brutalen Streber spielen zu sehen. —eiz—

Der Abenteuer-Kapitän

In diesem amerikanischen Film (der im Original etwa „Spiel mit dem Leben“ heißt) geht es zwar überaus toll und unwahrscheinlich, aber doch sehr langweilig zu, weil der Regisseur Ford Beebe die wilde Geschichte höchst unbeholfen zusammengefaßt hat: die Geschichte von einem Ingenieur, der aus purem Hebermal Frau und Kind verläßt, zum gefügten Verbrecher wird, in der Südpol und im französischen Schützengraben abenteuerl, um schließlich, während er gerade in Südamerika eine Revolution vorbereitet, seinen inwischen erwachsenen Sohn wiederzufinden. Der Schauspieler Victor Mac Teglen, dessen Sächeln und dessen Musteln wie



Den Kontakt mit der Welt

erhält die Corona, die ideale Schreibmaschine für den Landbewohner. Ihre einfache Konstruktion braucht keine Reparaturen, sie kann überall mitgenommen werden, und auch das Schreiben erlernen Sie spielend allein. — Die Corona ist ebenso gebaut wie die großen Maschinen, sie hat dieselbe Schrift, dieselben Zwischenräume, sie macht zehn Durchschläge und kostet doch nur die Hälfte.



GIBIAN & CO. PRAG, Štěpánská 32, Tel. 351-5-1

Ich möchte schon heute schreiben und erst später zahlen. Machen Sie mir Vorschläge!

Schon in dem Film vom Räuber Dick Turpin bekommen konnten, bietet auch diesmal weniger einen Kurzschnur als eine Erinnerung an den vorerwähnten Gangster Dillinger. Aber man kann den Bild nicht von ihm wenden. Denn er beherrscht die Szene ganz allein und läßt auch so lebendwerte Mitspieler wie den kleinen Buster Phelps und die wilde Schönheit Conchita Montenegro nicht neben sich aufkommen. —eiz—

Sport • Spiel • Körperpflege
Fifa gestattet

Weltkämpfe mit Sowjetrußland

Der Vorsitzende der Fifa, Rimet, gab dem Pariser Verichteratter des „Fr. Tagbl.“ ein Interview, in dem er u. a. in bezug auf Sowjetrußland ausführte:

„Wenn Rußland Mitglied der Fifa werden wolle, müße es zuerst die Grundregel einer sportlichen Organisation anerkennen, daß rein sportliche Erwägungen vor dem politischen herrschen. Das sei bisher nicht der Fall gewesen. Offenbar aber halten es die Russen für unumkehrbar, in engeren sportlichen Kontakt zu den anderen Ländern zu gelangen, schon des Leistungsüberlegens wegen. Die Fifa wolle daher nicht unmaßgeblich sein und gelatte ausnahmungsweise Weltkämpfe dieser Art. Ob Rußland in absehbarer Zeit die Aufnahme in die Fifa beantragen würde, lasse sich heute nicht sagen. Wenn das aber geschähe und Rußland das Prinzip der sportlichen Unabhängigkeit von der Politik anerkenne, wäre kein Grund vorhanden, die Aufnahme zu verweigern.“

Die Wiener Austria blieb auch im dritten Engländer-Spiel ungeschlagen. Das am Mittwoch ausgelegene Match gegen Birmingham endete 0:0!

Ein Brasilianer läuft 100 Meter in 10,2 Sek. Aus Buenos Aires wird gemeldet, daß der dortige Leichtathlet Laver de Almeida trotz starkem Seitenwind die 100 Meter in der sensationellen Zeit von 10,2 Sek. gelaufen ist. Von der guten Qualität der südamerikanischen Leichtathleten geben weitere Ergebnisse Zeugnis: 400 Meter: Radillo 49,5 Sek., 800 Meter: Colombo 1:55,1 Min., Hochsprung: Mello 1,92 Meter, Weisprung: Reit 7,23 Meter, Stabhoch: Castro 4,09 Meter.

Aus der Partei
Sozialistische Jugend, Kreis Prag, heute Donnerstag, den 6. Dezember, 8 Uhr abends; Kreisleitungsführung.

Vereinsnachrichten

Kinderfreunde Prag, Freitag, den 7. Dezember, abends 6 Uhr in der Redaktion „Sozialdemokrat“, Prag XII, Kocanova 62, wichtige Ausschussführung.

Filme in Prager Lichtspielhäusern

Avion: „Abenteuer u. Kapitän.“ — Veranel: „Der letzte Mann.“ — Flora: „Skandal im Atlantik-Hotel.“ — Gaumont: „Bei uns in Strahwinkl.“ — Jutis: „Bei uns in Strahwinkl.“ — Kinema, S. Th.: Journale, Grotzke, Report. — Koruna: „Abenteuer u. Kapitän.“ — Kotva: „Der Mann aus Iran.“ — Lucerna: „Der Mann aus Iran.“ — Olympia: „In d. Wüste Karakum.“ — Eroberer des Himalaja. — Passage: „Der König ist lang.“ — Radio: „Der letzte Mann.“ — Selenosor: „Bei uns in Strahwinkl.“ — Alma: „Mein Dorst.“ D. — Baffal: „Der letzte Mann.“ — Tich: „Belvedere.“ — „Der letzte Mann.“ — Tich. — Carlton: „Kasernade.“ D. — Favorit: „Skandal im Atlantik-Hotel.“ D. — Alustion: „Skandal im Atlantik-Hotel.“ D. — Kapital: „Prasquia.“ D. — Vdo: „Der letzte Mann.“ Tich.

An unsere Abonnenten und Genossen!
Wir werden wie im Vorjahre die

Neujahrs-Enthebungen

in unserem Blatt veröffentlichen, wodurch den Genossen die mit den Neujahrsgratulationen verbundenen erheblichen Unkosten erspart bleiben. Die Enthebung kostet K 10.— und wird nach Orten geordnet, lediglich Namen und Beruf enthalten. Wir ersuchen alle Abonnenten die tieferstehende Enthebungsbestellung frdl. auszufüllen und umgehend an uns einzusenden. Die Bestellungen müssen bis spätestens 16. Dezember bei uns einlangen.

Die Verwaltung

Leserlich ausfüllen!

Neujahrs-Enthebung für „Sozialdemokrat“

Ich bestelle hiemit unter dem Namen:

Beruf: Ort:

eine Neujahrsenthebung zum Betrage von K 10.— und sende ihnen diesen Betrag per Erlagschein ein.

Unterschrift:

Veranschaulichungen: Der Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich K 16. — vierteljährlich K 48. — halbjährlich K 96. — ganzjährig K 192. — Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einreichung der Retourmarken. — Die Zeitungstransportation wurde von der Post- und Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.800/VII/1930 bewilligt. Druckerei: „Orbis“ Druck, Verlags- und Zeitungs-G. O., Prag.